

SONJA MEIER

Irrtum und Zweckverfehlung

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

68

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

68

Herausgegeben vom

**Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht**

Direktoren:

Jürgen Basedow, Klaus J. Hopt und Hein Kötz



Sonja Meier

Irrtum und Zweckverfehlung

Die Rolle der unjust-Gründe bei rechtsgrundlosen
Leistungen im englischen Recht

Mohr Siebeck

Sonja Meier geboren 1964. Studium der Rechtswissenschaft in Regensburg 1983–1990. Bis 1991 Studium am University College London, 1991 LL.M. London. 1991–1994 Referendariat Regensburg. Wiss. Hilfskraft am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Römisches Recht und historische Rechtsvergleichung, Universität Regensburg. 1997–1998 Assistant Lecturer, Faculty of Law, University of Cambridge. 1998 Wiss. Assistentin Universität Regensburg.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Meier, Sonja:

Irrtum und Zweckverfehlung : die Rolle der Unjust-Gründe bei rechtsgrundlosen Leistungen im englischen Recht / Sonja Meier.

– Tübingen : Mohr Siebeck, 1999

(Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht ; Bd. 68)

ISBN 3-16-147118-0

978-3-16-158449-7 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

© 1999 J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständigem Werkdruckpapier der Papierfabrik Niefern gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden.

ISSN 0720-1141

Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist eine gekürzte Fassung meiner Dissertation, die im Wintersemester 1997/98 von der Juristischen Fakultät der Universität Regensburg angenommen wurde. Rechtsprechung und Literatur sind auf dem Stand von Anfang 1998. Das am 29. Oktober 1998 verkündete Urteil *Kleinwort Benson v Birmingham* ist in einem Nachwort berücksichtigt.

Meinem akademischen Lehrer, Prof. Dr. Reinhard Zimmermann, danke ich für seine vorbildliche Betreuung. Stets hatte er ein offenes Ohr für mich. Besonderen Dank schulde ich auch Prof. Peter Birks aus Oxford. Als Gastdozent hat er mich am University College London als erster in die Geheimnisse des englischen Bereicherungsrechts eingeweiht, und dies in ungewöhnlich inspirierender Weise.

Christian Feldmann und Dr. Friedhelm Meier haben die mühselige Arbeit des Korrekturlesens auf sich genommen, wofür ich ihnen herzlich danke.

Für finanzielle und ideelle Unterstützung im Rahmen eines Promotionsstipendiums danke ich schließlich der Studienstiftung des deutschen Volkes.

Regensburg, 2. November 1998

Sonja Meier

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	VIII
Abkürzungsverzeichnis	XI
I. Abschnitt: Einführung.....	1
II. Abschnitt: Der Tatsachenirrtum	31
III. Abschnitt: Der Rechtsirrtum	123
IV. Abschnitt: Die Rückforderung rechtswidrig erhobener Abgaben	215
V. Abschnitt: Leistungen auf einen unwirksamen Vertrag	251
A) „No consideration?“	251
B) Die Rechtsprechung zu fehlerhaften Verträgen	289
VI. Abschnitt: Die Zukunft, Irrtum oder Zweckverfehlung?.....	371
VII. Zusammenfassung	403
Nachwort: Das Urteil <i>Kleinwort Benson v Birmingham</i>	406
Literaturverzeichnis	410
Verzeichnis der englischsprachigen Entscheidungen	418
Sachverzeichnis	431

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XI
I. Abschnitt: Einführung	1
1. Die Fragestellung	1
2. Die historische Entwicklung des Bereicherungsrechts in England	2
3. Das System des modernen englischen Bereicherungsrechts	12
a) Die Bereicherung des Beklagten	13
b) Auf Kosten des Klägers	17
c) Die unjust-Gründe im Falle einer Vermögensverschiebung durch den Kläger	19
d) Dingliche Ansprüche und tracing	21
e) Zuwendungen durch einen Dritten	23
f) Einwendungen	26
4. Überblick über die Untersuchung	28
II. Abschnitt: Der Tatsachenirrtum	31
1. Der Verbindlichkeitsirrtum	31
2. Verhältnis zum Irrtum beim Vertragsschluß	34
3. Andere Irrtümer	42
4. Kriterien für die Beachtlichkeit des Irrtums bei Birks	53
5. Grundlagen der englischen Lehre zum Bereicherungsanspruch wegen Irrtums	59
6. Der Tatsachenirrtum im Mehrpersonenverhältnis	63
a) Die Zahlung auf eine fremde Schuld	63
b) Anweisungslagen: Die Fallgruppen	70
c) Anweisungslagen: Der Irrtum	78
7. Die Theorie des kausalen Irrtums	84
8. Bereicherungsanspruch wegen Irrtums und Eigentum	91
9. Irrtum und Rechtsgrund	99
a) Die Verbindlichkeit als derzeit anerkannter Rechtsgrund	99
b) Notwendigkeit einer Rechtsgrundbetrachtung zur Bestimmung der wesentlichen Irrtümer	103
c) Mögliche Rechtsgründe	105
10. Bereicherungsanspruch und Eigentum II: Die Theorie von Stoljar	110
11. Failure of consideration als unjust-Grund?	115
a) Failure of consideration bei Matthews	115
b) Failure of consideration bei Butler	118

III. Abschnitt: Der Rechtsirrtum	123
1. Einführung	123
2. Zahlungen zum Lebensunterhalt	128
3. Gesetzlich mißbilligte oder nicht erzwingbare Ansprüche	132
4. Rechtsirrtum, Zweifel und „submission to an honest claim“	141
a) Einführung	141
b) Vergleich	143
c) Defence of legal process	144
d) Die submission-Fälle	149
e) Goff und Jones: modifizierte Rechtsirrtumsregel?	156
f) Konkludenter Vergleich	157
g) Kein kausaler Irrtum oder Leistung „in jedem Fall“	166
h) Kein Bereicherungsanspruch bei Zweifel	169
i) Objektivität oder Subjektivität des submission-Prinzips? Vergleich mit dem deutschen Recht	172
j) Ergebnis	179
5. Bestand einer von beiden Parteien geteilten Rechtsauffassung	180
a) Änderung der Rechtsprechung	180
b) Brisbane v Dacres: communis error	183
c) Vertragsauslegung durch die Parteien	185
d) Die besondere Funktion der Rechtsirrtumsregel und die submission- Einrede im weiteren Sinne	188
6. Ausnahmen von der Rechtsirrtumsregel	194
a) Leistungen eines trustee und ähnliche Fälle	194
b) Leistungen an einen Konkursverwalter	197
c) Sonstige Ausnahmen	200
d) Mistake in equity	200
7. Kritik und Abschaffung der Rechtsirrtumsregel	205
8. Würdigung der Rechtsirrtumsregel aus deutscher Sicht	210
IV. Abschnitt: Die Rückforderung rechtswidrig erhobener Abgaben	215
1. Die traditionelle Rechtsprechung	215
2. Die Rolle der unjust-Gründe zwischen Rechtsstaatsprinzip und floodgates-Argument	219
3. Rechtsirrtum	225
4. Zwang	231
5. Ultra Vires	239

V. Abschnitt: Leistungen auf einen unwirksamen Vertrag	251
A) „No consideration“?	251
1. Die Islington-Entscheidung	251
2. Failure of consideration als unjust-Grund bei Leistungsstörungen	253
a) Die Bedeutung von failure of consideration	253
b) „Total“ oder „partial“ failure of consideration?	257
c) Das Problem der Bereicherung bei fehlgeschlagenen Verträgen	267
3. Consideration und Zweckverfehlung bei Leistungsstörungen und unwirksamen Verträgen	272
4. „No consideration“ als unjust-Grund und der consideration-Begriff ..	281
5. Die praktische Bedeutung von „no consideration“	285
B) Die Rechtsprechung zu fehlerhaften Verträgen	289
1. Anfängliche Unmöglichkeit oder Nichtexistenz des Vertragsgegenstandes	289
2. Rückabwicklung eines Vertrags nach ex tunc-rescission	292
3. Mangel der gesetzlich geforderten Form	301
a) Klaglose Verträge	301
b) Nichtig und anfechtbare Verträge, insbesondere die annuities- Rechtsprechung	313
4. Verträge mit Minderjährigen	318
a) Der Bereicherungsanspruch des Minderjährigen	319
b) Der Bereicherungsanspruch der anderen Vertragspartei	325
5. Ultra Vires-Verträge mit Gesellschaften	330
a) Ansprüche der Gesellschaft	330
b) Ansprüche gegen die Gesellschaft	333
6. Gesetzlich unzulässige Verträge	338
7. Spiel- und Wettverträge	347
8. Fehlende Registrierung und Tatsachenirrtum: Rover v Cannon	353
9. Das Urteil des House of Lords in Westdeutsche v Islington	356
10. Nichtige Verträge und Eigentum	357
11. Zusammenfassung: Ist eine failure of consideration erforderlich?	363
VI. Abschnitt: Die Zukunft: Irrtum oder Zweckverfehlung?	371
1. Zweckverfehlung	371
a) Verallgemeinerung des Islington-Gedankens?	371
b) Ein unjust-Grund der Zweckverfehlung	373
c) Der Gedanke der Zweckverfehlung in der Literatur	376
d) Der Gedanke der Zweckverfehlung in der Rechtsprechung	379

2. Rechtsirrtum	384
a) Abschaffung der Rechtsirrtumsregel?	384
b) Die Abschaffung der Rechtsirrtumsregel in Schottland	385
c) Der Streit um die schottische <i>condictio indebiti</i>	391
d) Rechtsirrtum und unwirksamer Vertrag in England	396
 VII. Zusammenfassung	 403
Nachwort: Das Urteil <i>Kleinwort Benson v Birmingham</i>	406
Literaturverzeichnis	410
Verzeichnis der englischsprachigen Entscheidungen	418
Sachverzeichnis	431

Abkürzungsverzeichnis

A	Atlantic Reporter (USA)
a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
ABLR	Australian Business Law Review
AC	Appeal Cases (Law Reports)
AG	Amtsgericht
All ER	All England Law Reports
ALR	Australian Law Reports
AO	Abgabenordnung
App Cas	Appeal Cases (Law Reports, 1875–1890)
Bank LR	Banking Law Reports
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
Bos UL Rev	Boston University Law Review (USA)
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
CA	Court of Appeal
CBR	Canadian Bar Review
CCR	Crown Cases Reserved
Ch	Chancery Division (Law Reports)
Ch App	Chancery Appeals
Ch D	Chancery Division (Law Reports, 1875–1890)
CLJ	Cambridge Law Journal
CLP	Current Legal Problems
CLR	Commonwealth Law Reports (Australien)
CMLR	Common Market Law Review
Col L Rev	Columbia Law Review (USA)
Conv	Conveyancer and Property Lawyer
Corp Bus LJ	Corporate and Business Law Journal (Australien)
CP	Common Pleas Division
Crim LR	Criminal Law Review
DLR	Dominion Law Reports (Kanada)
DP	Discussion Paper
ECR	European Court Reports
Eq	Equity
ER	English Reports
EuGH	Europäischer Gerichtshof
Ex	Exeter Division
Ex D	Exeter Division (Law Reports, 1875–1890)
FCA	Law Reform (Frustrated Contracts) Act 1943
Harv L Rev	Harvard Law Review (USA)
Hg.	Herausgeber

HL	House of Lords
h.L.	herrschende Lehre
HRR	Höchststrichterliche Rechtsprechung (1925–1942)
ILT	Irish Law Times
IR	Irish Reports
IRLR	Industrial Relations Law Reports
JBL	Journal of Business Law
JCL	Journal of Contract Law (Australien)
JLS	Journal of the Law Society of Scotland
JMCL	Journal of Malaysian and Comparative Law
JR	Juridical Review (Schottland)
JW	Juristische Wochenschrift (1872–1939)
JZ	Juristenzeitung
Kan	Kansas Reports (USA)
KB	King's Bench Division (Law Reports)
KG	Kammergericht
KO	Konkursordnung
LC	Law Commission
LG	Landgericht
LGR	Local Government Reports
LJ	Law Journal Reports (1822–1949)
Lloyd's List LR	Lloyd's List Law Reports
Lloyd's LR	Lloyd's Law Reports
LMCLQ	Lloyd's Maritime and Commercial Law Quarterly
LQR	Law Quarterly Review
LR	Law Reports (1865–1875)
LS	Legal Studies
LT	Law Times Reports
M	Macpherson's Session Cases (Schottland, 1862–1873)
Mal LJ	Malayan Law Journal
Man LJ	Manitoba Law Journal (Kanada)
Mass	Massachusetts Reports (USA)
McGill LJ	McGill Law Journal (Kanada)
MLR	Modern Law Review
Mor	Morison's Dictionary of Decisions (Court of Session) (Schottland, 1540–1808)
MüKo	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NE	North-Eastern Reporter (USA)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
NLJ	New Law Journal
NSW LR	New South Wales Law Reports (Australien)
NZLR	New Zealand Law Reports
NZUL Rev	New Zealand Universities Law Review
OJLS	Oxford Journal of Legal Studies

OLG	Oberlandesgericht
P	Pacific Reporter (USA)
PC	Privy Council
PL	Public Law
QB	Queen's Bench Division (Law Reports)
QB D	Queen's Bench Division (Law Reports, 1875–1890)
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RLR	Restitution Law Review
Rz	Randziffer
SA	South African Law Reports
SALJ	South African Law Journal
SC	Cases Decided in the Court of Session (Schottland)
SCR	Supreme Court Reports (Kanada)
SLPQ	Scottish Law and Practice Quarterly
SLT	Scots Law Times
Staud	Staudingers Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
Syd L Rev	Sydney Law Review (Australien)
SW	South-Western Reporter (USA)
TLI	Tolley's Trust Law International
TLR	Times Law Reports (The Times. Law Reports and Commercial Cases, 1884–1952)
UBCL Rev	University of British Columbia Law Review (Kanada)
UT Fac L Rev	University of Toronto Faculty of Law Review (Kanada)
UTLJ	University of Toronto Law Journal (Kanada)
UWAL Rev	University of Western Australia Law Review
UWOL Rev	University of Western Ontario Law Review (Kanada)
VR	Victoria Reports (Australien)
Vt	Vermont Reports (USA)
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WLR	Weekly Law Reports
WM	Wertpapier-Mitteilungen
WN (NSW)	Weekly Notes (New South Wales, Australien)
W & S	Wilson & Shaw's House of Lords Cases (Schottland, 1825–1834)
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozeßordnung

I. Abschnitt: Einführung

1. Die Fragestellung

1993 hatte der englische Richter Hobhouse in erster Instanz einen Fall zu entscheiden, in dem die Parteien Zahlungen auf einen Vertrag geleistet hatten, dessen Nichtigkeit sich später herausstellte. Hobhouse entschied, daß die geleisteten Zahlungen wegen der Nichtigkeit des Vertrags mit Hilfe eines Bereicherungsanspruchs zurückgefordert werden konnten.¹ Diese in den Augen eines deutschen Juristen selbstverständliche Entscheidung hat in England große Unruhe ausgelöst. Die Begründung des Bereicherungsanspruchs mit der Nichtigkeit des Vertrags sei mit den Grundannahmen des englischen Bereicherungsrechts nicht vereinbar und laufe Gefahr, dessen Struktur zugunsten einer Annäherung an die zivilistischen Rechtsordnungen aufzulösen.²

Eine Grundannahme, die Hobhouse mit seiner Entscheidung in Frage gestellt hat, ist, daß die Rechtsgrundlosigkeit einer Leistung allein noch keinen Bereicherungsanspruch begründen kann. Statt dessen muß der Kläger, wenn er dem Beklagten einen Vermögensgegenstand zugewendet hat, einen anerkannten „unjust-Grund“ vorweisen, der die Bereicherung des Beklagten als ungerechtfertigt erscheinen läßt. Ein solcher unjust-Grund kann etwa ein Irrtum des Klägers, eine Zwangslage oder das Ausbleiben der erwarteten Gegenleistung sein. Sofern ein unjust-Grund nicht ersichtlich oder von der Rechtsordnung nicht anerkannt ist, scheidet ein Bereicherungsanspruch aus, auch wenn aus deutscher Sicht eine rechtsgrundlose Zuwendung vorliegt. „Of course it goes without saying that it does not follow that where a sum has been paid which was not due, it can always be recovered back again afterwards.“³ Denn: „money paid voluntary – that is to say, without compulsion or extortion or undue influence, and (...) without any fraud on the part of the person to whom it is paid, and with knowledge of all the facts, though paid without any consideration, or in discharge of a claim not due, or a claim which might have been successfully resisted, cannot be recovered back“⁴. Kurz: „The law might have developed so as to recognise a *condictio indebiti* – an action for the recovery of money on the ground that it was not due. But it did not do so.“⁵

¹ Westdeutsche Landesbank v Islington London Borough Council (1994) 4 All ER 890. Ausführlich unten, Abschnitt V.

² Siehe etwa BIRKS, (1993) 23 UWAL Rev 195, 231 ff.

³ Maskell v Horner (1915) 3 KB 106, 108 (Rowlatt J).

⁴ William Whiteley v R (1910) 101 LT 741, 745 (Walton J); ebenso Werrin v Commonwealth (1938) 95 CLR 150, 157 (Latham CJ); Twyford v Manchester Corp (1946) Ch 236 (Romer J); vgl. auch Rogers v Ingham (1876) 3 Ch D 351, 355 (James LJ); Sawyer & Vincent v Window Brace (1943) 1 KB 32, 35 (Croom-Johnson J).

⁵ Lord Goff in Woolwich Building Society v Inland Revenue Commissioners (1993) AC 70, 172; vgl. Chitty-BEATSON, § 29-009 A, 011; SWADLING, Restitution and Unjust Enrichment, in: Hartkamp (Hg.), Towards a European Civil Code (1994), 267 ff.; ZIMMERMANN, (1995) 15 OJLS 403, 416.

Ein solches System der unjust-Gründe ist dem deutschen Bereicherungsrecht fremd. Diese Untersuchung geht daher der Frage nach, auf welchen Grundlagen ein solches System beruht und welche Funktion die unjust-Gründe einnehmen sollen. Gegenstand der Untersuchung sind allein (aus deutscher Sicht) rechtsgrundlose „Leistungen“. Diese Leistungen sind meist Zuwendungen des Klägers an den Beklagten, können aber, etwa in Anweisungslagen, auch Zuwendungen an Dritte sein. Das deutsche Recht soll als Hintergrund dienen, vor dem klar gemacht werden kann, welche Sachprobleme bestimmten Entscheidungen zugrunde liegen. Auf den ersten Blick ist die deutsche Regelung wesentlich liberaler: Schon die Rechtsgrundlosigkeit der Leistung begründet den Bereicherungsanspruch, und lediglich die *condictio indebiti* kennt die Einwendung des § 814 BGB.⁶ Wenn im englischen Recht der Kläger im Falle einer rechtsgrundlosen Leistung einen besonderen unjust-Grund vorweisen muß, um einen Bereicherungsanspruch erheben zu können, dann hat das System der unjust-Gründe offenbar eine limitierende Funktion: Der Beklagte soll in bestimmten Fällen vor einem Bereicherungsanspruch geschützt werden. Es stellt sich daher die Frage, ob auch das deutsche Recht in solchen Fällen das Bedürfnis nach einem Schutz des Empfängers anerkennt, und, wenn ja, wie es diesen Schutz verwirklicht. Jede nationale Rechtsordnung steht vor der Aufgabe, Rückforderungsansprüche in irgendeiner Weise zum Schutz des Empfängers zu beschränken. Diese Untersuchung geht der Frage nach, ob das Erfordernis eines besonderen unjust-Grundes in der Lage ist, diese Funktion zu erfüllen.

Vorausgeschickt werden soll ein kurzer Überblick über das System des modernen englischen Bereicherungsrechts, der das Verständnis der nachfolgenden Abschnitte erleichtert. Da das englische Bereicherungsrecht zudem in besonderem Maße durch seine Geschichte bestimmt ist, soll auch die historische Entwicklung in ihren Grundzügen vorgestellt werden.

2. Die historische Entwicklung des Bereicherungsrechts in England

Das erste Lehrbuch zum englischen Bereicherungsrecht erschien 1966.⁷ Bis dahin konnte man eine Darstellung lediglich in Anhangskapiteln der Lehrbücher zum Vertragsrecht finden. Auch an den Universitäten bildete Bereicherungsrecht kein eigenständiges Lehrfach. Die Ursache dieses für einen Kontinentaleuropäer überraschenden Befunds ist, wie so oft im englischen Recht, in der Geschichte zu suchen, in der die alten Klageformen das Schicksal der materiell-rechtlichen Ansprüche bestimmten.⁸ Bis zum sechzehnten Jahrhundert konnten der Sache nach berei-

⁶ Vgl. hierzu KÖNIG, Ungerechtfertigte Bereicherung, S. 33 ff.; REUTER/MARTINEK, S. 182 ff.; Staud-LORENZ, § 814 Rz 2; unrichtig insofern Soergel-MÜHL, § 812 Rz 171.

⁷ GOFF und JONES, mittlerweile in der vierten Auflage, 1993.

⁸ Vgl. zum folgenden JACKSON, *History of Quasi-Contract*, insbes. S. 32–41, 117 ff.; BAKER, *English Legal History*, S. 409 ff.; BIRKS, (1984) 37 CLP 1; ders., *Introduction*, S. 29 ff.; GOFF/JONES, S. 3–16; AMES, (1888) 2 Harv L Rev 53; ZWIEGERT/KÖTZ, § 38 IV, S. 553 ff.

cherungsrechtliche Ansprüche vor allem mittels der *action of debt* oder der *action of account* geltend gemacht werden. Die *action of account* war eine Klage auf Rechnungslegung und setzte ursprünglich eine besondere Beziehung zwischen den Parteien voraus. Später wurde sie auf Fälle erweitert, in denen der Beklagte vom Kläger eine Geldsumme für einen bestimmten Zweck erhalten hatte und mittels der Rechnungslegung die richtige Verwendung des Geldes nachweisen mußte. Konnte er das Geld nicht zum vereinbarten Zweck verwenden, mußte er es an den Kläger zurückzahlen. So konnte die *account-Klage* schließlich auch im Fall einer irrtümlichen Leistung auf eine Nichtschuld verwendet werden, weil mangels Schuld die angestrebte Verwendung des Geldes, nämlich die Schuldtilgung, nicht erreicht werden konnte, das Geld daher an den Kläger zurückzuzahlen war. Weil hier jedoch eine Rechnungslegung vor speziellen Prüfern sinnlos war und sich die *account-Klage* auf Rechnungslegung, nicht direkt auf Rückzahlung richtete, wurde sie in solchen Fällen zunehmend von der *debt-Klage* verdrängt.

Die *action of debt* war wie die römische *condictio* auf die Zahlung einer bestimmten Geldsumme gerichtet. Der Anspruch konnte vertraglicher Natur sein, etwa bei der Klage auf Kaufpreiszahlung oder auf Rückzahlung eines Darlehens, seine Grundlage aber auch im Bereicherungsrecht haben, etwa wenn er sich auf eine „*failure of consideration*“, das Ausbleiben einer Gegenleistung, stützte. Im sechzehnten Jahrhundert trat eine neue Klageform namens „*assumpsit*“ auf, mit der Schadensersatz wegen eines nicht eingehaltenen Versprechens des Beklagten gefordert werden konnte. Im Gegensatz zu *debt* und *account*, die zur Kompetenz des Court of Common Pleas gehörten, wurden *assumpsit-Klagen* vor dem Court of King's Bench entschieden. Dessen eher progressiv eingestellte Richter ließen eine *assumpsit-Klage* auch in den Fällen zu, in denen eine *action of debt* möglich gewesen wäre, vor allem bei vertraglichen Ansprüchen. Wenn der Beklagte dem Kläger eine bestimmte Summe schuldig sei, so hieß es, verspreche er ihm, bei Vertragschluß oder auch später, diese Summe zu zahlen, und halte er dieses Versprechen nicht ein, so müsse er dem Kläger den daraus entstehenden Schaden ersetzen. Es war jedoch nicht notwendig, ein ausdrückliches Versprechen des Beklagten nachzuweisen. Der Kläger mußte lediglich einen bestimmten Sachverhalt beweisen, aus dem dann ohne weiteres auf das Versprechen des Beklagten geschlossen wurde. Die Klage vor dem King's Bench erfreute sich großer Beliebtheit, da die Kosten niedriger waren als vor dem Court of Common Pleas und die „*wager of law*“-Regel, nach der eine Partei eine Tatsache unter Zuhilfenahme von Eideshelfern beweisen konnte, nicht anwendbar war. Es kam daher zu einem Kompetenzstreit mit dem Court of Common Pleas, nach dessen Ansicht die Möglichkeit, eine *action of debt* zu erheben, eine *assumpsit-Klage* ausschloß.

1602 wurde dieser Streit von der neugegründeten Exchequer Chamber in *Slade's Case* zugunsten des King's Bench entschieden.⁹ Es ging um einen vertraglichen Anspruch, und das Gericht entschied, daß eine *assumpsit-Klage* nicht dadurch ausgeschlossen war, daß auch eine *action of debt* hätte erhoben werden können. Die *assumpsit-Klage* konnte in der Folgezeit also die auf einen Vertrag gestützte *debt-Klage* ersetzen. Das Erstaunliche an dieser historischen Entwicklung war aber, daß

⁹ *Slade's Case* (1602) 4 Coke Rep 92 b, 76 ER 1074.

sie nicht auf die vertragliche debt-Klage beschränkt blieb. Vielmehr ersetzte die *assumpsit*-Klage, die ja immerhin ein Versprechen des Beklagten voraussetzte, in der Folgezeit die *action of debt* auch in ihrer bereicherungsrechtlichen Anwendung. Immer wenn eine debt-Klage möglich gewesen wäre, konnte nun die „*indebitatus assumpsit*“-Klage verwendet werden. Das erforderliche Versprechen des Beklagten wurde in den bereicherungsrechtlichen Fallgestaltungen schlicht fingiert. Hatte der Kläger etwa irrtümlich etwas an den Beklagten geleistet, so wurde aus diesem Sachverhalt ein Versprechen des Beklagten geschlossen, das Geleistete dem Kläger zurückzuzahlen. Der Name „*indebitatus assumpsit*“ hat somit nichts mit der *condictio „indebiti“*, also des Bereicherungsanspruchs wegen einer Nichtschuld, zu tun. Vielmehr ist der Beklagte „*indebted*“, damit wird ein Versprechen fingiert (*assumpsit*), also kann diese Klage erhoben werden. Sie nahm auch die alte *account*-Klage in sich auf und wurde im Laufe der nächsten Jahrhunderte auf weitere bereicherungsrechtliche Fallgestaltungen ausgedehnt, etwa wenn der Beklagte sein gegebenes Versprechen nicht einhielt und der Kläger daher seine dafür erbrachte Leistung zurückverlangte, oder wenn der Beklagte selbst ins Vermögen des Klägers eingegriffen hatte. Doch auch wenn der Beklagte den Bereicherungsgegenstand dem Kläger etwa rechtswidrig weggenommen hatte, wurde an der Fiktion des Versprechens der Rückgabe festgehalten. Die „*implied promise*“ wurde schließlich zum „*implied contract*“. Bis Ende des achtzehnten Jahrhunderts entstanden so die Grundlagen eines Bereicherungsrechts, das sich stets, zumindest der Form nach, auf ein vertragliches Versprechen des Beklagten stützte.

Daß es sich bei dem Vertrag um nichts anderes als um eine Fiktion handelte, war dem großen Richter Lord Mansfield genau bewußt, als er 1760 den berühmten Fall *Moses v Macferlan* entschied.¹⁰ Macferlan hatte Moses vor einem anderen Gericht erfolgreich auf Leistung aus mehreren Schuldversprechen verklagt. Moses erhob nun vor dem King's Bench eine *assumpsit*-Klage auf Rückzahlung des Geleisteten, weil Macferlan mit seiner Klage eine schriftliche Vereinbarung mit Moses gebrochen hatte, wonach er aus diesen Schuldversprechen keine Klage erheben würde. Der Beklagte wendete ein: „*That no assumpsit lies, except upon an express or implied contract: but here it is impossible to presume any contract to refund money, which the defendant recovered by an adverse suit*“, worauf Lord Mansfield antwortete: „*If the defendant be under an obligation, from the ties of natural justice, to refund; the law implies a debt, and gives this action, founded in the equity of the plaintiff's case, as it were upon a contract ('quasi ex contractu', as the Roman law expresses it).*“¹¹ Im römischen Recht war „*quasi ex contractu*“ eine Kategorie neben Vertrag, Delikt und Quasidelikt, die ein Sammelbecken aller nichtvertraglichen, auf rechtmäßigem Verhalten des Beklagten beruhenden Ansprüche bildete, also nicht nur dem Bereicherungsrecht vorbehalten war. Lord Mansfield knüpfte an das römische Recht an, um den Ausdruck „*quasi-contract*“ zu erklären und zugleich zu zeigen, daß es sich gerade nicht um einen Vertrag handelte, was aus dem römischen „*quasi ex contractu*“ selbstverständlich hervorging. Doch aus dem eng-

¹⁰ *Moses v Macferlan* (1760) 2 Burr 1005, 97 ER 676. Hierzu ausführlich BIRKS, (1984) 37 CLP 1.

¹¹ 2 Burr 1008.

lischen Ausdruck „Quasi-contract“ war dies nicht unmittelbar einsichtig, und Lord Mansfield konnte nicht verhindern, daß das Recht der Quasi-contracts immer mehr in die Nähe des Vertragsrechts gerückt wurde. Hierfür war, wie Birks gezeigt hat¹², nicht nur die merkwürdige Entwicklung der Klageformen nach *Slade's Case* verantwortlich, sondern auch der Einfluß von Blackstone, der in seinem 1768 erschienenen Werk alle rechtlichen Verpflichtungen auf die gemeinsame Grundlage eines Gesellschaftsvertrags zurückführte, in dem sich die Bürger implizit dazu verpflichteten, dem Recht und der Vernunft zu folgen. Somit konnten auch die bereicherungsrechtlichen Ansprüche auf eine (gesellschafts-)vertragliche Grundlage gestellt werden. Ergebnis dieses Zusammentreffens mehrerer historischer Zufälligkeiten war, daß das Bereicherungsrecht bis ins letzte Jahrhundert hinein als Vertragsrecht verstanden wurde.

In *Moses v Macferlan* ging es Lord Mansfield auch darum, die gemeinsame Grundlage der Bereicherungsansprüche bei Geldleistungen herauszustellen und ihre Entwicklung nicht durch prozeßtechnische Erwägungen einzuschränken. „This kind of equitable action, to recover back money, which ought not in justice to be kept, is very beneficial, and therefore much encouraged. It lies only for money which, ex aequo et bono, the defendant ought to refund: it does not lie for money paid by the plaintiff, which is claimed of him as payable in point of honor and honesty (...). But it lies for money paid by mistake; or upon a consideration which happens to fail; or for money got through imposition, (express, or implied;) or extortion; or oppression (...). In one word, the gist of this kind of action is, that the defendant, upon the circumstances of the case, is obliged by the ties of natural justice and equity to refund the money.“¹³ Doch dieser liberale Ansatz konnte sich vorerst nicht durchsetzen. Die Rechtsprechung des neunzehnten Jahrhunderts setzte den Schwerpunkt im Vertragsrecht auf Rechtssicherheit und Vertrauensschutz, und demzufolge wurden auch die Tatbestände der Bereicherungsansprüche restriktiver interpretiert. Als 1875 das System der alten Klageformen abgeschafft wurde, entfiel die Notwendigkeit, für eine indebitatus-Klage ein Versprechen des Beklagten zu behaupten, so daß der Weg frei war, die Fiktion des „implied contract“ aufzugeben. Doch das Bewußtsein, daß es nur prozeßrechtliche Gründe gewesen waren, welche die Nähe zum Vertragsrecht herstellten, war verlorengegangen. Schuldrechtliche Ansprüche waren zwischen die Kategorien Vertrag und Delikt aufgeteilt und bereicherungsrechtliche Ansprüche mangels einer eigenen Kategorie dem Vertragsrecht zugeschlagen worden.

In *Sinclair v Brougham* (1914)¹⁴ betrieb eine Gesellschaft Bankgeschäfte, obwohl ihre Satzung eine solche Betätigung nicht vorsah. Nach der – inzwischen größtenteils abgeschafften – ultra-vires-Doktrin beschränkt die Satzung einer Gesellschaft deren Handlungsfähigkeit. Von der Gesellschaft vorgenommene Geschäfte außerhalb ihrer Satzung sind somit jenseits ihrer Handlungsfähigkeit und damit nichtig. Bei der Abwicklung der Gesellschaft scheiterte also ein vertraglicher Anspruch der Bankkunden auf Auszahlung ihrer Konten an der ultra-vires-

¹² BIRKS, (1984) 37 CLP 1, 13 f., Introduction, S. 36 ff.

¹³ 2 Burr 1012.

¹⁴ (1914) AC 398.

Doktrin. Das House of Lords lehnte aber auch einen Bereicherungsanspruch ab. So sagte etwa Viscount Haldane LC: „(S)o far as proceedings in personam are concerned, the common law of England really recognizes (unlike the Roman law) only actions of two classes, those founded on contract and those founded on tort. When it speaks of actions arising quasi ex contractu it refers merely to a class of action in theory based on a contract which is imputed to the defendant by a fiction of law. The fiction can only be set up with effect if such a contract would be valid if it really existed.“¹⁵ In Lord Sumners Worten: „All these causes of action are common species of the genus assumpsit. All now rest, and long have rested, upon a notional or imputed promise to repay. The law cannot de jure impute promises to repay, whether for money had and received or otherwise, which, if made de facto, it would inexorably avoid.“¹⁶ „The implied promise“, sagte Lord Parker, „on which the action for money had and received is based would be precisely that promise which the company or association could not lawfully make.“¹⁷ Die Begründung, warum den Bankkunden ein schuldrechtlicher Rückzahlungsanspruch versagt wurde, wurde also hinter der Konstruktion verborgen, daß die Nichtigkeit eines von den Parteien geschlossenen Vertrags die Annahme eines vom Recht implizierten Vertrags ausschließe. Die Fiktion war damit ins materielle Recht übergegangen.

Ein Abschied von der Vertragskonstruktion, so befürchteten viele, bedeute Rechtsunsicherheit in Form einer unbestimmten Billigkeitsjudikatur, gebe es doch ansonsten keinen Maßstab, mit dessen Hilfe die Ansprüche rational und vorhersehbar beschrieben werden könnten.¹⁸ Den Hinweisen auf „natural justice and equity“ von Lord Mansfield wurde mit Mißtrauen begegnet. 1913 sagte Hamilton LJ (später Lord Sumner): „To ask what course would be ex aequo et bono to both sides never was a very precise guide, and as a working rule it has long been buried (...). Whatever may have been the case 146 years ago, we are not now free in the twentieth century to administer that vague jurisprudence which is sometimes attractively styled ‘justice as between man and man’“. ¹⁹ Scrutton LJ fügte 1923 hinzu: „(T)he whole history of this particular form of action has been what I may call a history of well-meaning sloppiness of thought.“²⁰ Ähnlich äußerte sich Sir Wilfried Greene MR 1937.²¹

Das Bereicherungsrecht war nicht nur zu einem Schattendasein als Annex zum Vertragsrecht verdammt, es war zudem durch Zersplitterung und Unübersichtlichkeit geprägt. Die „common indebitatus counts“, die das quasi-contract-Recht ausmachten, unterschieden sich durch die Art des Bereicherungsgegenstandes. Der wichtigste Anspruch war die „action for money had and received“, mit welcher der Kläger geltend machte, daß Geld zu Unrecht aus seinem in das Vermögen des Beklagten übergegangen war, entweder weil die Zuwendung durch den Kläger von

¹⁵ (1914) AC 415.

¹⁶ (1914) AC 452.

¹⁷ (1914) AC 440.

¹⁸ Siehe etwa HOLDSWORTH, (1939) 55 LQR 37.

¹⁹ Baylis v Bishop of London (1913) 1 Ch 127, 140.

²⁰ Holt v Markham (1923) 1 KB 504, 513.

²¹ Morgan v Ashcroft (1937) 1 KB 49, 62.

einem Irrtum oder von Zwang beeinflusst war oder die Gegenleistung ausblieb, oder aber weil der Beklagte sich selbst das Geld angeeignet hatte. Die „action for money paid“ hingegen wurde erhoben, wenn der Kläger etwas an einen Dritten gezahlt hatte und der Beklagte dadurch einen Vermögensvorteil erlangte, insbesondere die Befreiung von einer Schuld. Mit den Ansprüchen „quantum meruit“ und „quantum valebat“ schließlich verlangte der Kläger eine angemessene Entlohnung für Arbeits- bzw. Sachleistungen. Doch diese Klagen konnten ebenso erhoben werden, wenn der Kläger einen vertraglichen Anspruch geltend machte. Mit der „action for money paid“ ging der Bürge gegen den Schuldner vor, dessen Schuld er gezahlt hatte, wofür er nun einen vertraglichen Ausgleich forderte, und „quantum valebat“ machte ein Verkäufer geltend, wenn der Kaufvertrag keinen bestimmten Preis festsetzte.

Der Sache nach bereicherungsrechtliche Ansprüche fanden sich aber nicht nur im Gebiet der quasi-contracts, sondern auch im equity-Recht. Es gab nicht nur eigene Rückforderungsansprüche in equity bei irrtümlichen Leistungen, sondern vor allem im Labyrinth der umfangreichen trust-Rechtsprechung fanden sich zahlreiche Bereicherungsansprüche, etwa gegen trustees, die pflichtwidrig Gewinne mit Hilfe des trust-Vermögens gemacht hatten. Auch wenn der Beklagte kein trustee war, legte die equity-Rechtsprechung als Rechtsfolge des Bereicherungsanspruchs seinem Vermögen oft einen „constructive trust“ auf, so daß der Kläger dingliche Rechte entweder am Bereicherungsgegenstand oder am ganzen Beklagtenvermögen geltend machen konnte, der Bereicherungsanspruch somit sachenrechtlicher Natur war. Ein einheitliches Prinzip war wegen der ungeordnet nebeneinanderstehenden Ansprüche für verschiedene Lebensbereiche kaum auszumachen.

Die Bezeichnung „quasi-contracts“ wies somit zwei Defizite auf: Sie suggerierte fälschlich eine Verwandtschaft zum Vertragsrecht, indem der Bereicherungsanspruch auf einen „implied contract“ gestützt wurde, und sie verhinderte die Integration bereicherungsrechtlicher Ansprüche außerhalb der alten indebitatus assumpsit-Ansprüche, insbesondere die von der equity-Rechtsprechung gewährten. Es entstand somit das Bedürfnis, die sachfremden und mittlerweile abgeschafften Barrieren der alten Klageformen endgültig zu überwinden, den fiktiven Vertrag über Bord zu werfen und das bereicherungsrechtliche Fallmaterial auf einen gemeinsamen Grundgedanken der ungerechtfertigten Bereicherung („unjust enrichment“) zurückzuführen. Eine wichtige Vorreiterrolle für diese Entwicklung spielten Teile der englischen Richterschaft. „I think that the expression ‘implied contract’ is erroneous and very unfortunate“, sagten Cotton LJ und ähnlich Lindley LJ 1890²², und auch andere fortschrittliche Richter stellten immer wieder klar, daß der Bereicherungsanspruch mit einem, selbst fiktiven, Vertrag nichts zu tun hatte.²³ In *United Australia v Barclays Bank* (1941) referierte Lord Atkin die Geschichte der assumpsit-Klage nach *Slade’s Case*, die zunächst die Vertragsfiktion erforderte, und erklärte dann: „These fantastic resemblances of contracts invented in order to meet requirements of the law as to forms of action which have now disappeared

²² Re Rhodes (1890) 44 Ch D 94, 105 (Cotton LJ), 107 (Lindley LJ).

²³ Vgl. etwa Greer LJ in *Craven-Ellis v Canons* (1936) 2 KB 403, 410; Scott LJ in *Morgan v Ashcroft* (1938) 1 KB 49, 74 ff.; Stable J in *Dies v British Mining Corp* (1939) 1 KB 724; Barry J in *William Lacey v Davis* (1957) 1 WLR 932, 936.

should not in these days be allowed to affect actual rights. When these ghosts of the past stand in the path of justice clanking their mediaeval chains the proper course for the judge is to pass through them undeterred.“²⁴

Die Idee eines eigenständigen, von Vertrags- und Deliktsrecht unterscheidbaren und auf den Gedanken der ungerechtfertigten Bereicherung gestützten Rechtsgebiets wurde vor allem durch Lord Wright propagiert.²⁵ In *Fibrosa Spolka v Fairbairn* (1942) sagte er nach einem sehr erhellenden Bericht über die historische Entwicklung der Bereicherungsklagen im common law: „It is clear that any civilised system of law is bound to provide remedies for cases of what has been called unjust enrichment or unjust benefit, that is, to prevent a man from retaining the money of, or some benefit derived from, another which it is against conscience that he should keep. Such remedies in English law are generically different from remedies in contract or tort, and are now recognised to fall within a third category of the common law which has been called quasi-contract or restitution.“²⁶ Auch Lord Denning spielte bei der Entwicklung eines auf die Bereicherung des Beklagten gestützten Anspruchs eine wichtige Rolle.²⁷

Während jedoch in den USA schon Ende des letzten Jahrhunderts die Grundlagen für ein eigenständiges Rechtsgebiet „restitution“ gelegt wurden, tobte in England noch lange der Kampf zwischen Befürwortern und Gegnern des fiktiven Vertrags.²⁸ Die entscheidende Wende begann 1966, als der Richter Robert Goff und der Wissenschaftler Gareth Jones mit ihrem „Law of Restitution“ den ersten und bis heute grundlegenden Versuch machten, das umfangreiche bereicherungsrechtliche Fallmaterial zu sammeln und systematisch zu ordnen. Das Werk bildete den Grundstein für eine wachsende wissenschaftliche Diskussion. 1985 erschien mit Peter Birks’ „Introduction“ der erste Versuch, ein geschlossenes System des Bereicherungsrechts zu entwickeln. Sein System und seine Thesen sind nicht unstrittig, werden jedoch von der Literatur und zunehmend auch von der Rechtsprechung als Ausgangspunkt bei der Erörterung streitiger Fragen anerkannt. Die Zahl der wissenschaftlichen Veröffentlichungen zum Bereicherungsrecht vervielfachte sich. Doch noch 1978 sagte Lord Diplock: „There is no general doctrine of unjust enrichment recognized in English law. What it does is to provide specific remedies in particular cases of what might be classified as unjust enrichment in a legal system that is based upon the civil law.“²⁹ Und noch 1990 tauchte die Fiktion des „implied contract“ in einem Urteil des House of Lords auf.³⁰

Aber mittlerweile war Robert Goff, inzwischen Lord Goff of Chieveley, Richter am House of Lords geworden. Und so wurde 1991 in der Entscheidung *Lipkin*

²⁴ *United Australia v Barclays Bank* (1941) AC 1, 26 ff., 29.

²⁵ Siehe etwa den Aufsatz „Sinclair v. Brougham“, (1938) 6 CLJ 305, 314 ff., oder die Entscheidung *Brook’s Wharf v Bull Wharf* (1937) 1 KB 534, 545.

²⁶ *Fibrosa Spolka v Fairbairn* (1943) AC 32, 61.

²⁷ Vgl. *Nelson v Larholt* (1948) 1 KB 339; *Strand Electrics v Brisford Entertainments* (1952) 2 QB 246, 255; *Kiriri Cotton v Dewani* (1960) AC 192, 204 f.; ferner (1925) 41 LQR 79, (1939) 55 LQR 54.

²⁸ Hierzu ausführlich MARTINEK, *RabelsZ* 47 (1983) 284 ff.

²⁹ *Orakpo v Manson Investments* (1978) AC 95, 104. Vgl. auch die australische Entscheidung *Bank of New South Wales v Murphett* (1983) VR 489, 496, *per* Crockett J.

³⁰ *Guinness v Saunders* (1990) 2 AC 663, 689 (Lord Templeman).

Gorman v Karpnale der Anspruch des Klägers, losgelöst vom historischen Erbe, direkt auf die ungerechtfertigte Bereicherung des Beklagten auf Kosten des Klägers gestützt.³¹ Die wegweisende *Woolwich*-Entscheidung von 1992³² zum Bereicherungsanspruch bei rechtswidrig erhobenen Steuern läßt erwarten, daß auch in Zukunft wichtige Impulse vom House of Lords ausgehen werden.³³ Seit *Lipkin Gorman* ist die rasante Entwicklung des jungen Rechtsgebiets kaum aufzuhalten. Die Praktiker, denen bereicherungsrechtliche Fragen meist fremd gewesen waren, sind nun gehalten, sich mit der Entwicklung der Rechtsprechung vertraut zu machen. 1993 erschienen, auch zu diesem Zweck, die erste Zeitschrift zum Bereicherungsrecht³⁴ und von Burrows das erste für Studenten geschriebene Lehrbuch³⁵. Lange in seiner Entwicklung aufgehalten, erlebt das englische Bereicherungsrecht nun einen Zustand der Blüte, oder, prosaischer ausgedrückt, einen Boom.

Doch die moderne Entwicklung hat auch ihre Kritiker gefunden. Dies muß nicht nur daran liegen, daß die systematische Aufteilung des Rechts in Vertragsrecht, Deliktsrecht und ungerechtfertigte Bereicherung dem traditionellen englischen Rechtsdenken fremd ist. Bemerkenswert ist zumindest, daß das neue Rechtsgebiet, kaum anerkannt, einen aus deutscher Sicht sehr weiten Anwendungsbereich für sich reklamiert, zu dem unter anderem die Rückabwicklung von Verträgen im Fall von Leistungsstörungen, Probleme der dinglichen Surrogation, die Geschäftsführung ohne Auftrag, familienrechtliche Ausgleichspflichten, der Schutz vor übermäßigen Vertragsstrafen, der Gesamtschuldnerausgleich oder die Anfechtbarkeit von Verträgen wegen Irrtums, Zwang oder arglistiger Täuschung (weil die Anfechtung eines Vertrags als Rückführung einer Bereicherung verstanden wird) gehören. Auch diesem umfassenden Anspruch wird mit Mißtrauen begegnet.

Gestritten wird vor allem darüber, ob es richtig ist, ein eigenständiges Bereicherungsrecht dem Vertragsrecht gegenüberzustellen. Atiyah etwa hält diesen Versuch für „misconceived“, doch seine Kritik beruht weniger auf einer Ablehnung einer Bereicherungshaftung als auf seiner Auffassung zum Vertragsrecht.³⁶ Wer Bereicherungsansprüche deswegen von vertraglichen Ansprüchen abgrenze, weil sie nicht auf dem Willen der Parteien beruhen, gehe von einem veralteten willentheoretischen Vertragsmodell aus, das seine Blütezeit im neunzehnten Jahrhundert hatte. Nach diesem Modell sei der Vertrag Ergebnis der freien und gleichberechtigten Verhandlungen der Parteien über wechselseitig zu erfüllende Verpflichtun-

³¹ (1991) 2 AC 548 (vgl. die Prophezeiung durch MARTINEK, *RabelsZ* 47 (1983) 284, 324 f.); hierzu BIRKS, (1991) *LMCLQ* 473; MCKENDRICK, (1992) *MLR* 377; MEIER, *ZEuP* 1993, 365.

³² (1993) AC 70. Siehe hierzu unten, IV 5.

³³ Jüngstes Beispiel ist die Entscheidung *Westdeutsche v Islington* (1996), in der etwa Lord Browne-Wilkinson sich dafür ausspricht, die Figur des fiktiven Vertrags nun endgültig zu begraben und *Sinclair v Brougham* insofern für unrichtig zu erklären, (1996) 2 All ER 961, 993. Das Urteil von *Hobhouse J* in erster Instanz bietet das Beispiel einer meisterhaften und eingehenden bereicherungsrechtlichen Analyse, (1994) 4 All ER 890. Zum neuen Stil der Rechtsprechung siehe auch *Kleinwort Benson v Birmingham CC* (1997) QB 380 (CA).

³⁴ *Restitution Law Review*, hg. von PETER BIRKS und FRANCIS ROSE, erscheint jährlich ab 1993. Hierzu MEIER, *ZEuP* 1995, 171.

³⁵ BURROWS, *The Law of Restitution*.

³⁶ ATIYAH, *Contracts, Promises and the Law of Obligations*, in: *Essays on Contract*, S. 10 ff.; vgl. auch ders., *Rise and Fall of Freedom of Contract*, S. 1 ff.

gen. Der abgeschlossene, noch nicht erfüllte Vertrag lasse Ansprüche entstehen, die auf nichts anderes zurückgehen könnten als auf den Willen der Parteien. Tatsächlich entspreche dieses Modell nicht der Mehrzahl der geschlossenen Verträge, bei denen entweder Abschluß und Teilerfüllung zusammenfielen (etwa die Bargeschäfte) oder die Frage nach Rechtsschutz sich erst im Laufe der Durchführung ergebe. Neben dem Willen der Parteien kämen zwei andere Rechtfertigungen für vertragliche Ansprüche in Betracht: Das Bedürfnis eines Anspruchs könne sich zum einen daraus ergeben, daß eine Partei der anderen einen Vermögensvorteil zugewendet habe (der Verkäufer oder der Darlehensgeber haben geleistet und wollen entschädigt werden), oder daß eine Partei sich auf das Versprechen der anderen verlassen und Dispositionen getroffen hat, so daß ihr im Fall der Nichterfüllung ein (Vertrauens-) Schaden entsteht. In diesen Fällen sei in Wahrheit nicht das Versprechen, sondern der Vermögensvorteil bzw. der Vertrauensschaden Grund der vertraglichen Haftung („benefit-based“ bzw. „reliance-based liabilities“). Das Versprechen habe lediglich die Funktion eines unterstützenden Tatbestandsmerkmals, es könne etwa Aufschluß über die Höhe des angemessenen Preises oder Zinssatzes geben oder beweisen, daß keine Schenkung vorlag. Die herkömmliche Ansicht, die den Anspruch auf das Versprechen selbst stütze, verschleierte den wahren Anspruchsgrund. Im Fall der objektiven Auslegung gehe es nicht um den Willen der Partei, sondern um den Vertrauensschutz des Empfängers. Der Sache nach werde bei der Frage, ob ein bindendes und durchsetzbares Versprechen vorliegt, geprüft, ob der zugrundeliegende Sachverhalt einen „benefit“- oder „reliance“-Anspruch rechtfertige. So entscheide etwa die Fairness des zugrundeliegenden Austausches darüber, ob ein Versprechen wegen Zwang oder Sittenwidrigkeit unwirksam ist, und finde sich gar keine Gegenleistung, verhindere die consideration-Doktrin die Bindungswirkung des Versprechens. Insbesondere in Fällen des (in deutscher Terminologie) sozialtypischen Verhaltens sei die Konstruktion eines Versprechens fiktiv.

Nur in denjenigen Fällen, in denen weder ein Vermögensvorteil zugewendet noch eine Disposition im Vertrauen auf den Vertrag getroffen wurde, könne man einen vertraglichen Anspruch auf nichts anderes als auf den Willen der Parteien gründen. Doch dies sei entgegen der herrschenden Lehre nicht der Modellfall der vertraglichen Haftung, weil Vertragsansprüche in solchen Konstellationen in der Praxis selten seien. Vor allem sei ein vertraglicher Erfüllungsanspruch in diesen Fällen weitaus weniger gerechtfertigt als im Falle des Leistungsaustausches oder der nachteiligen Disposition. Das herrschende Vertragsdogma gehe zu Unrecht und auch entgegen der Rechtswirklichkeit von der Prämisse aus, daß Versprechen ohne weiteres zu halten seien. Geschützt werde auf diese Weise lediglich eine immaterielle Enttäuschung.

Das Willensdogma sei im neunzehnten Jahrhundert so einflußreich gewesen, daß sogar in denjenigen Fällen, in denen das Bedürfnis eines Anspruchs sich aus einem zugewendeten Vermögensvorteil ergab, ein Versprechen des Beklagten aber realistischlicherweise nicht auszumachen war, mit der Fiktion eines „implied contract“ gearbeitet wurde, um so den Anspruch auf den Willen der Parteien stützen zu kön-

Verzeichnis der englischsprachigen Entscheidungen

Die kursiven Zahlen verweisen auf die Seiten dieses Buchs, auf denen die Entscheidung zitiert wird. Fettgedruckte Zahlen bezeichnen Seiten, auf denen der Sachverhalt dargestellt wird.

Aaron's Reefs Ltd v Twiss (1896) AC 273	298
Adams v Fairbain (1817) 2 Stark 277, 171 ER 645	302
AGIP (Africa) Ltd v Jackson (1990) Ch 265 (Ch), (1991) Ch 547 (CA).....	25
Aiken v Short (1856) 1 H & N 210, 156 ER 1180	43, 48, 50, 64 f. , 68, 78, 84, 116, 120
Ainsworth, in Re (1915) 2 Ch 96	197
Air Canada v British Columbia (1989) 59 DLR (4th) 161	18, 141, 208, 219, 220, 225, 227, 228 f. , 241, 243
Aktieselskabet Dampskibs Steinstad v W.Pearson & Co (1927) 43 TLR 531.....	185 ff.
Alati v Kruger (1955) 94 CLR 216	294, 323
Ames' Settlement, in Re, Dinwiddy v Ames (1946) Ch 217	372
Anderson v Thornton (1853) 8 Ex 425, 155 ER 1415.....	173
Andre & Cie SA v Ets Michel Blanc & Fils (1979) 2 Lloyd's LR 427	125, 200, 202, 205
Andrew v Bridgman (1908) 1 KB 596.....	291
Andrew v St. Olave's Board of Works (1898) 1 QB 775.....	221
Anglo-Scottish Beet Sugar Corporation Ltd v Spalding Urban District Council (1937) 2 KB 607	32, 33, 126, 221
Appleby v Myers (1867) LR 2 CP 651	257, 269
Aratra Potato Company Ltd v Taylor Johnson Garrett (1995) 4 All ER 695... 346 f. , 364, 369	
Armstrong v Jackson (1917) 2 KB 822	294, 323
Arnold v National Westminster Bank Plc (1988) 3 WLR 1229.....	161
Ashbury Railway Carriage and Iron Company Ltd v Riche (1875) LR 7 HL 653	330
Associated Japanese Bank v Credit du Nord (1988) 3 All ER 902.....	36
A-G v Perry (1733) 2 Com 481, 92 ER 1169.....	380 f.
A-G v Wilts United Dairies Ltd (1921) 37 TLR 884 (CA), (1922) 127 LT 822 (HL)	219, 241
A-G's Reference (No 1 of 1983) (1985) QB 182.....	94
Aubert v Walsh (1810) 3 Taunt 277, 128 ER 110.....	348
Auckland Harbour Board v R (1924) AC 318.....	219, 368
Australia & New Zealand Banking Group Ltd v Westpac Banking Corporation (1988) 78 ALR 157.....	26, 70, 74, 79, 82, 86, 307
Avon County Council v Howlett (1983) 1 WLR 605	27, 34, 126, 131 f.
Ayers v South Australian Banking Company (1871) LR 3 PC 548.....	359
Babcock v Lawson (1879) 4 QBD 394 (QB), (1880) 5 QBD 284 (CA).....	298

Baltic Shipping Company v Dillon (The „Mikhail Lermontov“) (1993) 176 CLR 344	255, 264 f., 310
Bank of Hindustan v Alison (1870) LR 6 CP 54 (CP), (1871) LR 6 CP 222 (CA) 335	
Bank of Hindustan, China and Japan, in Re, ex parte Alison (1873) LR 15 Eq 394	335 ff.
Bank of New South Wales v Deri (1963) 80 WN (NSW) 1499	72, 83
Bank of New South Wales v Murphett (1983) VR 489	8, 72, 79, 80, 82, 86
Bannatyne v MacIver (1906) 1 KB 103	76
Banque Belge pour l'Etranger v Hambrouck (1921) 1 KB 321	25
Barclay & Co Ltd v Malcolm & Co (1925) 133 LT 512	71, 79
Barclays Bank Ltd v Quistclose Investments Ltd (1970) AC 567	359
Barclays Bank Ltd v W.J.Simms Ltd (1980) QB 677	37, 43, 63, 64, 71, 72, 74, 77, 79, 80, 82, 84 ff., 96, 101, 115 f., 117, 118 f., 282, 284, 381, 398
Barr v Gibson (1838) 3 M & W 390, 150 ER 1196	290
Barton v Armstrong (1976) AC 104	167
Baylis v Bishop of London (1913) 1 Ch 127	6, 27, 33, 44, 126, 135
Beauchamp v Borret (1792) Peake 148, 170 ER 110	315
Beauchamp, Earl of, v Winn (1873) LR 6 HL 223	35, 201 f., 205
Bell v Gardiner (1842) 4 Man & G 11, 134 ER 5	32, 34
Bell v Lever Bros (1932) AC 161	34 ff., 160, 289, 291, 378, 397
Bell Bros v Shire of Serpentine-Jarrahdale (1969) 121 CLR 137	234
Bell Houses Ltd v City Wall Properties Ltd (1966) 1 QB 207	330, 331
Belshaw v Bush (1851) 11 CB 191, 138 ER 444	67
Belvoir Finance Company Ltd v Stapleton (1971) 1 QB 210	359
Berg v Sadler and Moore (1937) 2 KB 158	338
Bilbie v Lumley (1802) 2 East 469, 102 ER 448	124 ff., 132, 135, 141, 142, 156 f., 158, 165, 173 f., 189, 215, 386, 390, 406
Binder v Alachouzos (1972) 2 QB 151	159
Bingham v Bingham (1748) 1 Ves Sen 126, 27 ER 934	35, 201 f.
Birbeck Permanent Building Society, in Re (1915) 1 Ch 91	197
Bize v Dickason (1786) 1 TR 285, 99 ER 1097	125, 134
Blackburn and District Benefit Building Society v Cuncliffe, Brooks & Co (No. 1) (1882) 22 Ch D 61	75, 332, 333, 334
Blackburn and District Benefit Building Society v Cuncliffe, Brooks & Co (No. 2) (1885) 29 Ch D 902	331, 332
Bodega Company Ltd, in Re (1904) 1 Ch 276	43
Bonnel v Foulke (1657) 2 Sid 4, 82 ER 1224	380 f.
Bosanquett v Dashwood (1734) Cases T Talbot 38, 25 ER 648	133
Boyd & Forrest v Glasgow & South Western Railway Company (1915) SC (HL) 20	296
BP Exploration Company (Libya) Ltd v Hunt (1979) 1 WLR 783 (QB), (1981) 2 WLR 232 (CA), (1982) 1 All ER 925 (QB, CA und HL)	257, 268 ff.
Brisbane v Dacres (1813) 5 Taunt 143, 128 ER 641	126, 128, 141 f., 173, 183 f., 189, 406
Britain v Rossiter (1879) 11 QBD 123	305

British Steel Corporation v Cleveland Bridge and Engineering Company Ltd (1984) 1 All ER 504	20
Brocklebank v R (1925) 1 KB 52	233
Bromley v Holland (1800) 5 Ves Jun 610, 31 ER 766, (1802) G Coop 9, 35 ER 458	317
Brook's Wharf and Bull Wharf Ltd v Goodman Brothers (1937) 1 KB 534.....	8, 66
Brougham v Dwyer (1913) 108 LT 504	331, 382
Brown, in Re (1886) 32 Ch D 597.....	198
Brown v M'Kinally (1795) 1 Esp 279, 170 ER 356.....	144 f., 148
Browning v Morris (1778) 2 Cowp 790, 98 ER 1364	133, 138, 339
Bullingdon RDC v Oxford Corporation (1936) 3 All ER 875	143
Burland v Local Board of Health of Kingston-upon-Hall (1862) 3 B & S 271, 122 ER 103	220
Burrows, in Re, ex parte Taylor (1856) 8 DE G M & G 254, 44 ER 388	320
Butlin's Settlement Trusts, in Re (1976) Ch 251	87
Butterworth v Kingsway Motors (1954) 1 WLR 1286.....	261 f.
Byne v Potter (1800) 5 Ves Jun 609, 31 ER 765.....	317 f.
Byne v Vivian (1800) 5 Ves Jun 604, 31 ER 762	317 f.
 Cadaval, Duke de, v Collins (1836) 4 Ad & E 858, 111 ER 1006.....	145
Callisher v Bischoffsheim (1870) LR 5 QB 449	143
Came v City of Glasgow Friendly Society (1933) SC 69	387
Campbell v Hall (1774) 1 Cowp 204, 98 ER 1045	215, 232, 249
Cantiere San Rocco SA v Clyde Shipbuilding and Engineering Company Ltd (1924) AC 226	254, 276 f., 279, 280, 387 f.
Carnac, in Re, ex parte Simmonds, (1885) 16 QBD 308	198 f., 205
Casson v Roberts (1862) 31 Beav 613, 54 ER 1277	302
Cavalier Insurance Company Ltd, in Re (1989) 2 Lloyd's LR 430	343 ff., 364, 368
Chambers v Miller (1862) 13 CB (NS) 125, 143 ER 50	74, 79, 93
Chandler v Webster (1904) 1 KB 493	254, 256, 274, 276, 281, 283
Chanter v Leese (1838) 4 M & W 295, 150 ER 1440	291
Chaplin v Leslie Frewin (Publishers) Ltd (1966) Ch 71	323
Chapman v Chapman (1954) AC 429	163
Chase Manhattan Bank NA v Israel-British Bank (London) Ltd (1981) Ch 105.....	23, 71, 96 ff., 112
Chillingworth v Esche (1924) 1 Ch 97.....	372
Churchill v Bertrand (1842) 3 QB 568, 114 ER 625	315, 316
Citibank NA v Brown Shipley & Co Ltd, Midland Bank plc v Brown Shipley & Co Ltd (1991) 2 All ER 690	42
Clarke v Cobley (1789) 2 Cox 173, 30 ER 80.....	327
Clarke v Dickson (1858) El Bl & El 148, 120 ER 463	295
Clarke v Shee and Johnson (1774) 1 Cowp 197, 98 ER 1041.....	24
Clay v Yates (1856) 1 H & N 73, 156 ER 1123	341
Clea Shipping Corporation v Bulk Oil International Ltd, „The Alaskan Trader“ (1984) 1 All ER 129	310

Cleadon Trust, in Re (1939) Ch 286.....	67, 76
Clifton v Cockburn (1834) 3 My & K 76, 40 ER 30.....	187 f.
Cocking v Ward (1845) 1 CB 858, 135 ER 781.....	303
Colonial Bank v Exchange Bank of Yarmouth, Nova Scotia (1885) 11 App Cas 84	71, 79
Coltman, in Re, Coltman v Coltman (1881) 19 Ch D 64.....	330 f.
Commercial Bank of Australia Ltd v Younis (1979) 1 NSW LR 444	72, 79, 80, 83
Commissioner of State Revenue v Royal Insurance Australia Ltd (1994) 126 ALR 1	224, 229
Commissioners for Executing the Office of Lord High Admiral of the United Kingdom v National Provincial and Union Bank of England Ltd (1922) 127 LT 452	71
Commonwealth Trading Bank v Reno Auto Sales Pty Ltd (1967) VR 790.....	72, 79, 80
Condon, in Re, ex parte James (1874) LR 9 Ch App 609	197 ff.
Connelly v Simpson (1994) SLT 1096.....	388
Cook v Wright (1861) 1 B & S 559, 121 ER 822	143 f.
Cooper v Phibbs (1867) LR 2 HL 149	35, 200 ff., 206, 290, 294, 384
Cork and Youghal Railway Company, in Re (1869) LR 4 Ch App 748.....	75, 333, 334
Corpe v Overton (1833) 10 Bing 252, 131 ER 901.....	320, 321, 323
Couturier v Hastie (1852) 8 Ex 40, 155 ER 1250	290
Cowern v Nield (1912) 2 KB 419	325, 329
Cowper v Godmond (1833) 9 Bing 748, 131 ER 795	316
Cox v Prentice (1815) 3 M & S 344, 105 ER 641.....	41
Craven-Ellis v Canons Ltd (1936) 2 KB 403	7, 15, 278
Cutter v Powell (1795) 6 TR 320, 101 ER 573	257
Daniell v Sinclair (1881) 6 App Cas 181	204 f.
Davey v Durrant (1857) 1 De G & J 535, 44 ER 830	294
David Securities Pty Ltd v Commonwealth Bank of Australia (1992) 175 CLR 353 28, 51, 54, 74, 86, 101, 124, 125, 126, 141, 168, 170, 174, 192 f., 205, 207, 208 f., 212 f., 229, 338, 381 ff., 397, 406	
Davies v London and Provincial Marine Insurance Company (1878) 8 Ch D 469....	340
Davis v Bryan (1827) 6 B & C 651, 108 ER 591	316 f.
Degelman v Guaranty Trust (1954) 3 DLR 785.....	306
Derrick v Williams (1939) 2 All ER 559	159, 180
Deutsche Bank v Beriro & Co Ltd (1896) 73 LT 669.....	27, 33, 79 f.
Devaux v Conolly (1849) 8 CB 640, 137 ER 658.....	259
Dew v Parsons (1819) 2 B & Ald 562, 106 ER 471.....	215, 232
Dibbs v Goren (1849) 11 Beav 483, 50 ER 904.....	194 ff.
Dies v British and International Mining and Finance Corporation Ltd (1939) 1 KB 724	7, 117, 266, 309 f.

- Diplock, in Re, Diplock v Wintle (1948) 1 Ch 465 (CA), (1951) AC 251 (HL, *sub nom*: Ministry of Health v Simpson) 22, 25, 126, 152
- Dixon v Monkland Canal Company (1831) 5 W & S 445 386
- Durrant v Ecclesiastical Commissioners for England and Wales (1880) 6 QBD 234
27, 33, 44
- Dutch v Warren (1720) 1 Str 406, 93 ER 598 (*siehe auch* 2 Burr 1011, 97 ER 676)
253
- Eadie v Corporation of Township of Brantford (1967) SCR 573, 63 DLR (2d) 561
226, 227, 237
- Eaglesfield v Marquis of Londonderry (1875) 4 Ch D 693 206
- Ellis v Ellis (1909) 26 TLR 166 203 f., 206
- Erlanger v New Sombrero Phosphate Company (1878) 3 App Cas 1218 293 f.
- Essery v Cowlard (1884) 26 Ch D 191 372
- Esso Petroleum Company Ltd v Hall Russell & Co Ltd (1989) AC 643 66
- Evanson v Crooks (1911) 28 TLR 123 132 f., 342, 344 f.
- Exall v Partridge (1799) 8 TR 308, 101 ER 1405 66, 67
- Falcke v Scottish Imperial Insurance Co (1886) 34 Ch D 234 14, 67
- Farmer v Arundel (1772) 2 Black W 824, 96 ER 485 124, 134 f.
- Fibrosa Spolka Akcyjna v Fairbairn Lawson Combe Barbour Ltd (1943) AC 32
8, 254 f., 274 ff., 279, 282 f., 286
- Finck v Tranter (1905) 1 KB 427 127
- First National Reinsurance Company Ltd v Greenfield (1921) 2 KB 260 298
- Flood v Irish Provident Assurance Company Ltd (1910) 46 ILT 214, *in*: (1912) 2
Ch 597 335
- Gebhardt v Saunders (1892) 2 QB 452 66
- George (Porky) Enterprises Ltd v City of Regina (1964) SCR 326, 44 DLR (2d)
179 225, 237
- Gibbon v Mitchell (1990) 1 WLR 1304 204
- Giles v Edwards (1797) 7 TR 181, 101 ER 920 253, 259
- Glasgow Corporation v Lord Advocate (1959) SC 203 218, 219, 222, 386,
389 ff., 392
- Glubb, in Re, Barnfield v Rogers (1900) 1 Ch 354 90
- Goodall v Lowndes (1844) 6 QB 464, 115 ER 173 143 f.
- Goodman v Sayers (1820) 2 J & W 249, 37 ER 622 126, 147 f.
- Gosbell v Archer (1835) 2 A & E 500, 111 ER 193 302
- Gower v Popkin (1817) 2 Stark 85, 171 ER 581 145
- Gowers v Lloyds and National Provincial Foreign Bank Ltd (1938) 1 All ER 766
71
- Graves, in Re, ex parte Shaw (1800) 5 Ves Jun 620, 31 ER 771 315
- Great Western Railway Company v Sutton (1869) LR 4 HL 226 233
- Green v Portsmouth Stadium Ltd (1953) 2 QB 190 138 ff.
- Greenwood v Bennett (1973) QB 195 61
- Griffiths v Commonwealth Bank of Australia (1994) 123 ALR 111 74, 101

Grist v Bailey (1967) Ch 532	36
Guinness Plc v Saunders (1990) 2 AC 663	8
Haggarty v Scottish Transport and General Workers Union (1955) SC 109	277,
387	
Hallet's Estate, in Re, Knatchbull v Hallet (1879) 13 Ch D 696	22
Hamilton v Vaughan-Sherrin Electrical Engineering Company (1894) 3 Ch 589.....	
321	
Hamlet v Richardson (1833) 9 Bing 644, 131 ER 756.....	144
Harris v Loyd (1839) 5 M & W 432, 151 ER 183.....	59
Harry Parker Ltd v Mason (1940) 2 KB 590.....	339
Harse v Pearl Life Assurance Company (1904) 1 KB 558.....	132 f., 342, 344
Hatch, in Re (1919) 1 Ch 351	128
Hazell v Hammersmith and Fulham London Borough Council (1990) 2 QB 697	
(Divisional Court und CA), (1992) AC 1 (HL)	251
Henderson v Folkstone Waterworks Company (1885) 1 TLR 329.....	150, 180
Henderson v Royal British Bank (1857) 7 El & Bl 356, 119 ER 1279.....	298
Herman v Jeuchner (1885) 15 QBD 561	338
Hermann v Charlesworth (1905) 2 KB 123.....	340
Hewer v Bartholomew (1598) Cro Eliz 614, 78 ER 855.....	380 f.
Heyman v Darwins Ltd (1942) AC 356	256
Hickman v Berens (1895) 2 Ch 638	159 ff.
Hicks v Hicks (1802) 3 East 16, 102 ER 502.....	315, 318
Hoffman v Cooke (1801) 5 Ves Jun 623, 31 ER 772.....	315
Holbrook v Sharpey (1812) 19 Ves Jun 131, 34 ER 467	317 f.
Holman v Johnson (1775) 1 Cowp 341, 98 ER 1120.....	339
Holmes v Blogg (1818) 8 Taunt 508, 129 ER 481	320
Holmes v Hall (1704) 6 Mod 161, 87 ER 918.....	253
Holsworthy Urban District Council v Rural District Council of Holsworthy (1907)	
2 Ch 62.....	159, 180
Holt v Jesse (1876) 3 Ch D 177.....	159
Holt v Markham (1923) 1 KB 504	6, 27, 33, 130 f., 168
Home and Colonial Insurance Company Ltd v London Guarantee and Accident	
Company Ltd (1928) 32 Lloyd's List LR 267	32, 33, 43, 165, 168, 313 f.,
364, 384	
Hood of Avalon, Lady, v Mackinnon (1909) 1 Ch 476	88, 103 f., 121, 377 f.
Hooper v Mayor and Corporation of Exeter (1887) 56 LJ QB 457	216, 232, 235,
236, 237	
Horcal Ltd v Gatland (1984) IRLR 288	38
Horne, in Re (1905) 1 Ch 76	196 f.
Howard v Fingall (1853) 22 LT 12	106, 204
Huddersfield Banking Company Ltd v Henry Lister & Son Ltd (1895) 2 Ch 27	
3	35, 162
Huggins v Coates (1843) 5 QB 432, 114 ER 1313	316
Hughes v Liverpool Victoria Legal Friendly Society (1916) 2 KB 482	342, 344
Hunt v Silk (1804) 5 East 449, 102 ER 1142	258 f.

- Hydro Electric Commission of Township of Nepean v Ontario Hydro (1982) 132 DLR (3d) 193..... 124, 125, 138, 141, 192, 205, 207 f., **218**, 220, 224, 226 f., 228
- Hyundai Heavy Industries Ltd v Papadopoulos (1980) 1 WLR 1129..... **266**
- Ilich v R (1987) 162 CLR 110..... 93, 94, **95**, 96
- Imperial Bank of Canada v Bank of Hamilton (1903) AC 49..... 32, **76 f.**
- International Sales and Agencies Ltd v Marcus (1982) 3 All ER 551 331
- Irving v Wilson (1791) 4 TR 485, 100 ER 1132..... 233
- J & S Holdings Pty Ltd v NRMA Insurance Ltd (1982) 41 ALR 539..... **139 f.**, 147, 155, 209
- James, ex parte, *siehe* Re Condon
- James v Isaacs (1852) 22 LJ CP 73 67
- James v Thomas H. Kent & Co Ltd (1951) 1 KB 551 306
- Johnson v Agnew (1980) AC 367 256
- Jon Beauforte (London) Ltd, in Re (1953) 1 Ch 131 **333 f.**
- Jones, in Re, ex parte Jones (1881) 18 Ch D 109..... 327 f.
- Jones (R.E.) Ltd v Waring and Gillow Ltd (1925) 2 KB 612 (CA), (1926) AC 670 (HL) 27, 32, **72 f.**, 79, 82
- Julian v Mayor of Auckland (1927) NZLR 453 184, 218, 221, 233
- Kearley v Thomson (1890) 24 QBD 742 338, 339
- Kelly v Solari (1841) 9 M & W 54, 152 ER 24..... **31 ff.**, 59, 115, 126, 158, 162 f., 165, 166 ff., 172 ff., 188 f., 278
- Kennedy v Panama, New Zealand & Australian Royal Mail Company Ltd (1867) LR 2 QB 580..... 35, 299
- Kerrison v Glyn, Mills, Currie & Co (1911) 81 LJ QB 465..... **61**, 120 f.
- King, in Re, ex parte Unity Joint Stock Mutual Banking Association (1858) 3 DE G & J 63, 44 ER 1192..... 327
- Kiriri Cotton Company Ltd v Ranchoddas Keshavji Dewani (1960) AC 192 8, 125, **137 ff.**, 200, 208, 226 f., 247, 249, 332, 340, 343 f.
- Kleinwort Benson Ltd v Birmingham City Council (1997) QB 380 9, 18, 253, 383 f.
- Kleinwort Benson Ltd v Birmingham City Council and Lincoln CC (No.2) 384, **406 ff.**
- Kleinwort Benson Ltd v Sandwell Borough Council (1994) 4 All ER 890, *siehe* Westdeutsche Landesbank v Islington BC
- Kleinwort Benson Ltd v South Tyneside Metropolitan Borough Council (1994) 4 All ER 972 18, 253
- Kleinwort, Sons & Co v Dunlop Rubber Company (1907) 97 LT 263..... **71**
- Knitwear T.H. (Wholesale) Ltd, in Re (1988) Ch 275 199
- Knowlman v Bluett (1874) LR 9 Ex 307 303
- Ladywell Mining Company v Brooks (1887) 35 Ch D 400 **295**, 297
- Lagunas Nitrate Company v Lagunas Syndicate (1899) 2 Ch 392 **295**

- Lansdown v Lansdown (1730) Mos 364, 25 ER 441, 2 Jac & W 205, 37 ER 605
 35, 126, **201**
- Larner v London County Council (1949) 2 KB 683 **44 ff.**, 55 f., 65, 105, 108,
 114, 118, 131
- Lawes v Purser (1856) 6 El & Bl 930, 119 ER 1110 **290 f.**
- Leaf v International Galleries (a firm) (1950) 2 KB 86 **299**
- Leslie (R.) Ltd v Sheill (1914) 3 KB 607 **325 f.**, 327, 329
- Ligett B. (Liverpool) Ltd v Barclays Bank Ltd (1928) 1 KB 48 **76**
- Linz v Electric Wire Company of Palestine Ltd (1948) AC 371 **335, 336 ff.**
- Lipkin Gorman v Karpnale (1989) 1 WLR 1340 (CA), (1991) 2 AC 548, 3 WLR
 10 (HL) 8, 25 f., 27 f., 84, 129, 132, 209, 210, 329, 348, **349 ff.**, 359, 406
- Livesy v Livesy (1827) 3 Russ 287, 38 ER 583 **194 ff.**
- London County Commercial Reinsurance Office Ltd, in Re (1922) 2 Ch 67
342 ff., 364
- Lowe v Wells Fargo & Co Express (1908) 96 P 74, 78 Kan 105 **64 f.**, **164 f.**
- Lowrie v Bourdieu (1780) 2 Dougl 468, 99 ER 299 **125, 132, 133, 341 f.**, 344
- Lucas v Worswick (1833) 1 M & Rob 293, 174 ER 100 **33**
- Magee v Pennine Insurance Company Ltd (1969) 2 QB 507 **36, 159 ff.**
- Marlow v Pitfield (1719) 1 P Wms 558, 24 ER 516 **75, 327**
- Marriot v Hampton (1797) 7 TR 269, 101 ER 969 **144, 150**
- Martin v Sitwell (1690) 1 Show KB 156, 89 ER 509 **380**
- Martindale v Falkner (1846) 2 CB 706, 135 ER 1124 **125**
- Maskell v Horner (1915) 3 KB 106 **1, 43, 126, 154 f.**, 165, 169, 171, 217
- Mason v New South Wales (1959) 102 CLR 108 **18, 217 f.**, 233 f., 235, 241
- Masters and Seamen of Dundee, Fraternity of, v Cockerill (1869) 8 M 278 **394**
- Mavor v Pyne (1825) 3 Bing 285, 130 ER 522 **303**
- Meadows v Grand Junction Waterworks Company (1905) 21 TLR 538 **221**
- Mercantile Investment and General Trust Company v International Company of
 Mexico (1893) 1 Ch 484 **163**
- Miles v New Zealand Alford Estate Company (1886) 32 Ch D 266 **143, 166**
- Milne v Duncan (1827) 6 B & C 671, 108 ER 598 **32, 126, 145, 146, 149, 151**
- Ministry of Health v Simpson, *siehe* Re Diplock
- Molton v Camroux (1849) 4 Ex 17, 154 ER 1107 **316**
- Monnickendam v Leanse (1923) 39 TLR 445 **302, 310**
- Montagu's Settlement Trusts, in Re, Duke of Manchester v National Westminster
 Bank Ltd (1987) 2 WLR 1192 **25**
- Moore v Vestry of Fulham (1895) 1 QB 399 **145 f.**, 149, 150
- Moore's Executors v M'Dermid (1913) 1 SLT 278 **46 f.**, 108, **396**
- Morgan v Ashcroft (1938) 1 KB 49 **6, 7, 43, 47 ff.**, 55 ff., 84, 92, 95, 104, 108 f.,
 113 f., 126, 348 f., 353
- Morgan v Palmer (1824) 2 B & C 729, 107 ER 554 **215, 232**
- Morgan Grenfell v Welwyn Hatfield (1993) 2 Bank LR 218, (1993) RLR No. 127
349
- Morgan Guaranty Trust Company of New York v Lothian Regional Council
 (1995) SLT 299 **125, 126, 207, 229, 231, 385 ff.**, 392, 395, 409

Moses v Macferlan (1760) 2 Burr 1005, 97 ER 676, 1 Wm Bl 219, 96 ER 120	
4 f., 134 f., 146, 253, 349, 381	
Moule v Garrett (1872) LR 7 Ex 101	66
Moynes v Cooper (1956) 1 QB 439	94
Munt v Stokes (1792) 4 TR 561, 100 ER 1176	135, 195, 346, 364
Murphy v A-G (1982) IR 241	219, 224, 236
Musgrave, in Re (1916) 2 Ch 417	194 f.
Nash v Stevenson Transport Ltd (1936) 2 KB 128	339
National Bank v O'Connor and Bowmaker (1961) 103 ILT 73	45, 71, 79, 80, 83
National Mutual Life Association of Australasia Ltd v Walsh (1987) 8 NSW LR 585	130, 307
National Pari-Mutuel Association v R (1930) 47 TLR 110	218
National Permanent Benefit Building Society, in Re, ex parte Williamson (1869) LR 5 Ch App 309	333
National Westminster Bank Ltd v Barclays Bank International Ltd (1975) QB 654 71, 74	
Naylor v Winch (1824) 1 Sim & St 555, 57 ER 219	159, 163
Nelson v Larholt (1948) 1 KB 339	8, 24
Nepean v Ontario Hydro, <i>siehe</i> Hydro Electric Commission v Ontario Hydro	
Newbigging v Adam (1886) 34 Ch D 582	294, 323
Newdigate v Davy (1692) 1 Ld Raym 742, 91 ER 1397	215
Nicholls v Leeson (1747) 3 Atk 573, 26 ER 1131	128 f.
Norwich Union Fire Insurance Society v Price (1934) AC 455	33, 39 ff., 48, 92, 162 ff., 172 ff., 278
Oakes v Turquand, in Re Overrend, Gurny & Co Ltd (1867) LR 2 HL 325	298
Ogilvie v Littleboy (1897) 13 TLR 399 (CA), (1899) 15 TLR 294 (HL)	89
Oom v Bruce (1810) 12 East 225, 104 ER 87	133, 341, 344 f.
Opera Ltd, in Re (1891) 2 Ch 154	60, 199
Orakpo v Manson Investments Ltd (1978) AC 95	8, 309
Ord v Ord (1923) 2 KB 432	129
O'Reilly v Mackman (1983) 2 AC 237	246
O'Sullivan v Management Agency and Music Ltd (1985) QB 428	294, 296
Owen v Tate (1976) 1 QB 402	67
Pan Ocean Shipping Company Ltd v Creditcorp Ltd, „The Trident Beauty“, (1993) 1 Lloyd's LR 443 (CA), (1994) 1 WLR 161 (HL)	85
Parker v Patrick (1793) 5 TR 175, 101 ER 99	298
Parkinson v College of Ambulance Ltd (1925) 2 KB 1	338, 345
Pavey and Matthews v Paul (1986) 69 ALR 577	303 ff.
Pearce v Brain (1929) 2 KB 310	322 ff., 359
Phillips v Brooks Ltd (1919) 2 KB 243	298
Phillipson v Kerry (1863) 32 Beav 628, 55 ER 247	204
Phoenix General Insurance Company of Greece SA v Halvanon Insurance Company Ltd (1988) QB 216	343

Phoenix Indemnity Company v Steiden Stores Inc (1954) 267 SW (2d) 733.....	165
Phoenix Life Assurance Company, in Re, Burges and Stock's Case (1862) 2 J & H 441, 70 ER 1131	335, 337 f.
Planché v Colburn (1831) 8 Bing 14, 131 ER 305	269
Platt v Bromage (1854) 24 LJ Ex 63	127
PMPA Garage (Longmile) Ltd, in Re (No. 2) (1992) 1 IR 332	331
Pollard v Bank of England (1871) LR 6 QB 623	74
Porter v Latec Finance (Qld.) Pty Ltd (1964) 111 CLR 177	65 f., 68 f., 78, 79, 80 f., 120
Pritchard v Merchant's and Tradesman's Mutual Life-Assurance Society (1858) 3 CB (NS) 622, 140 ER 885	289, 291 f.
Queens of the River Steamship Company Ltd v Conservators of the River Thames (1899) 15 TLR 474	233, 249
R v Ashwell (1885) 16 QBD 190	94
R v Davis (1988) Crim LR 762	96
R v Gilks (1972) 1 WLR 1341, 3 All ER 280	94, 95 f.
R v Mayor of Tewkesbury (1868) LR 3 QB 629	125
R v Middleton (1873) LR 2 CCR 38	93 f., 96
R v Prince (1868) LR 1 CCR 150	93
R v Richmond upon Thames LBC, ex parte Stubbs (1989) 87 LGR 637	224, 241
R v Shadrokh-Cigari (1988) Crim LR 465	96
R v Tower Hamlets London Borough Council, ex parte Chetnik Developments Ltd (1988) AC 858	227 f., 241
Railway Time Tables Publishing Company, in Re, ex parte Sandys (1889) 42 Ch D 98	298
Reid v Rigby & Co (1894) 2 QB 40	76
Reversion Fund and Insurance Company Ltd v Maison Cosway Ltd (1913) 1 KB 364	76
Rhoades, in Re, ex parte Rhoades (1899) 2 QB 347	198
Rhodes, in Re, Rhodes v Rhodes (1890) 44 Ch D 94	7
Rogers v Ingham (1876) 3 Ch 351	1, 128, 151 ff., 166, 171
Rover International Ltd v Cannon Film Sales Ltd (1989) 1 WLR 912	32, 34, 54, 117, 262 f., 266, 270, 310, 353 ff., 364, 367, 384, 385
Rowland v Divall (1923) 2 KB 500	260 ff.
Royal Bank v R (1931) 2 DLR 685	32
Rugg v Minett (1809) 11 East 210, 103 ER 985	259, 286
Rural Municipality of Storthoaks v Mobil Oil of Canada (1975) 55 DLR (3d) 1	28, 207
Sabemo Pty Ltd v North Sydney Municipal Council (1977) 2 NSW LR 880	20
Sanderson v Graves (1875) LR 10 Ex 234	303
Sargood Bros v Commonwealth (1910) 11 CLR 258	219, 233, 236
Saronic Shipping Company v Huron Liberian Company (1979) 1 Lloyd's LR 341 (QB), (1980) 2 Lloyd's LR 26 (CA)	32, 33, 168

Sawyer and Vincent v Window Brace Ltd (1943) 1 KB 32.....	1, 124, 149 ff. , 153, 168, 170 f.
Scott v Pattison (1923) 2 KB 723	303, 305 , 308
Scottish Petroleum Company, in Re (1883) 23 Ch D 413	298
Scurfield v Gowland (1805) 6 East 241, 102 ER 1279	316
Sebel Products Ltd v Commissioners of Customs and Excise (1949) Ch 409....	219, 223, 227, 230, 242
Sharp, in Re (1906) 1 Ch 793	194
Sharp Bros & Knight v Chant (1917) 1 KB 771	136 f. , 140, 156 f.
Sheffield Nickel and Silver Plating Company Ltd v Unwin (1877) 2 QBD 214	295 , 297
Shove v Webb (1787) 1 TR 732, 99 ER 1348	315
Shrewsbury v Shrewsbury (1906) 23 TLR 100	129
Simmonds, ex parte, <i>siehe</i> Re Carnac	
Simpson v Egginton (1855) 10 Exch 845, 156 ER 683	67
Sinclair v Brougham (1914) AC 398.....	5 f. , 22, 197, 326, 331, 332, 333 ff. , 357, 358 ff., 377, 389
Singh v Ali (1960) AC 167	359
Skyring v Greenwood (1825) 4 B & C 282, 107 ER 1064.....	27, 130 f.
Slade's Case (1602) 4 Coke Rep 92 b, 76 ER 1074	3
Slater v Burnley Corporation (1888) 59 LT 636	216 f. , 234 f.
Smith v Bromley (1760) 2 Dougl KB 696, 99 ER 441	133, 339
Smith v Cuff (1817) 6 M & S 160, 105 ER 1203.....	146, 339
Sneath v Valley Gold Ltd (1893) 1 Ch 477.....	163
Snelling v Lord Hunterfield (1834) 1 C M & R 20, 149 ER 976.....	305
Solle v Butcher (1950) 1 KB 671	35 f. , 160, 206, 289, 297
Souch v Strawbridge (1846) 2 CB 808, 135 ER 1161.....	301 f. , 303
South Australian Cold Stores Ltd v Electricity Trust of South Australia (1957) 98 CLR 65.....	218
South of Scotland Electricity Board v British Oxygen Company Ltd (1959) 1 WLR 587	233
South Tyneside Metropolitan Borough Council v Svenska International Plc (1995) 1 All ER 545	28, 253
Southland Savings Bank v Anderson (1974) 1 NZLR 118	72
Spence v Crawford (1939) 3 All ER 271	295
Spragg v Hammond (1820) 2 Brod & B 59, 129 ER 880	167
Stanley Brothers Ltd v Corporation of Nuneaton (1913) 107 LT 760	41 , 202 f.
State Bank of New South Wales Ltd v Swiss Bank Corporation (1995) 39 NSW LR 350	74
Steam Saw Mills Company Ltd v Baring Brothers and Company Ltd (1922) 1 Ch 244	100
Steele v Williams (1853) 8 Ex 625, 155 ER 1502.....	216 , 232, 239, 249
Steinberg v Scala (Leeds) Ltd (1923) 2 Ch 452	321 f.
Stevens v Lynch (1810) 12 East 38, 104 ER 16	34
Stewart v Oriental Fire and Marine Insurance Company (1985) QB 988.....	343
Stirling v Earl of Lauderdale (1733) Mor 2930.....	391

Stocks v Wilson (1913) 2 KB 235	327, 359
Stone v Godfrey (1854) 5 DE G M & G 76, 43 ER 798	200
Stone v Marine Insurance Company, Ocean Ltd, of Gothenburg (1876) 1 Ex D 81 289	
Stonehaven, Magistrates of, v County Council of Kincardine (1939) SC 760	389 f., 395
Strand Electrics and Engineering Company Ltd v Brisford Entertainments Ltd (1952) 2 QB 246	8
Strickland v Turner (1852) 7 Ex 208, 155 ER 919	289 ff.
Sumpter v Hedges (1898) 1 QB 673	266
Svanosio v McNamara (1956) 96 CLR 186	290, 299
Sybron Corporation v Rochem Ltd (1984) Ch 112	39
Tappenden v Randall (1801) 2 B & P 467, 126 ER 1388	348
Taylor v Bowers (1876) 1 QBD 291	339
Taylor v Caldwell (1863) 3 B & S 826, 122 ER 309	253
Taylor v Hare (1805) 1 B & P (NR) 260, 127 ER 461	290
Taylor v Laird (1856) 25 LJ Ex 329	14
Taylor v Plumer (1815) 3 M & S 562, 105 ER 721	22
Taylor v Wilson's Trustees (1975) SC 146	386, 389 ff.
Thavorn v Bank of Credit and Commerce International SA (1985) 1 Lloyd's LR 259	329
Thellusson, in Re (1919) 2 KB 735	41, 199
Thomas v Brown (1876) 1 QBD 714	302, 309 ff., 320, 323, 366
Thomas v Houston Corbett & Co (1969) NZLR 151	74, 79, 82
Thurstan v Nottingham Permanent Benefit Building Society (1902) 1 Ch 1 (CA), (1903) AC 6 (HL)	75, 327
Tinsley v Milligan (1994) 1 AC 340	359
Towers v Barrett (1786) 1 TR 133, 99 ER 1014	373
Townsend v Crowdy (1860) 8 CB (NS) 477, 141 ER 1251	32, 173
Tribe v Tribe (1995) 3 WLR 913	339
Trident Beauty, <i>siehe</i> Pan Ocean Shipping Company	
Twyford v Manchester Corporation (1946) Ch 236	1, 217, 230, 234 f.
Tyler, in Re (1907) 1 KB 865	199
Tyrie v Fletcher (1777) 2 Cowp 666, 98 ER 1297	289
United Australia Ltd v Barclays Bank Ltd (1941) AC 1	7
United Overseas Bank v Jiwani (1976) 1 WLR 964	74
Unwin v Leaper (1840) 1 Man & G 747, 133 ER 533	144
Valentini v Canali (1889) 24 QBD 166	320 ff.
Walter v James (1871) LR 6 Ex 124	67
Ward & Co v Wallis (1900) 1 QB 675	146, 148
Warman v Southern Counties Car Finance Corporation Ltd (1949) 2 KB 576 ...	261
Wason v Wareing (1852) 15 Beav 151, 51 ER 494	32, 154

Waters v Mansell (1810) 3 Taunt 56, 128 ER 23	316
Way v Latilla (1937) 3 All ER 759	20
Weddel v Lynam (1795) 1 Esp 309, 170 ER 365 (<i>siehe auch</i> Widdle v Lynam).....	315, 316
Weld-Blundell v Synott (1940) 2 KB 107.....	33, 80
Wenlock, Baroness, v River Dee Company (1887) 19 QBD 155	75, 334
Werrin v Commonwealth (1938) 59 CLR 150.....	1, 218, 219, 224, 235
Westdeutsche Landesbank Girozentrale v Islington London Borough Council (1994) 4 All ER 890 (QB und CA), (1996) 2 All ER 961 (HL).....	1, 9, 97 f., 209, 251 ff. , 272, 280, 281 ff., 314 ff., 331, 336, 347, 349, 356 ff. , 368, 371, 374, 383, 384, 408
Westminster Bank Ltd v Hilton (1927) 136 LT 315	83
Whincup v Hughes (1871) LR 6 CP 78.....	258 , 259, 260
White v Garden (1851) 10 CB 919, 138 ER 364.....	298
Widdle v Lynam (1795) Peake Add Cas 30, 170 ER 183 (<i>siehe auch</i> Weddel v Lynam).....	316
Wilkinson v Lloyd (1845) 7 QB 27, 115 ER 398.....	265
William Brandt's Sons & Co v Dunlop Rubber Company (1905) AC 454	71
William Lacey (Hounslow) Ltd v Davies (1957) 1 WLR 932	7, 20
William Sindall Plc v Cambridgeshire County Council (1994) 1 WLR 1016	299
William Whiteley Ltd v R (1910) 101 LT 741.....	1, 216 f. , 222, 229 f., 231 f., 235 f.
Williams v Bayley (1866) LR 1 HL 200	340
Willis Faber Enthoven (Pty) Ltd v Receiver of Revenue (1992) 4 SA 202	207, 229
Wilson v Thornbury (1875) LR 10 Ch App 239	89 f.
Wilson & M'Lellan v Sinclair (1830) 4 W & S 398	386
Woolwich Equitable Building Society v Inland Revenue Commissioners (1989) 1 WLR 137 (QB), (1991) 3 WLR 790 (CA), (1992) 3 WLR 366, 3 All ER 737 (HL), (1993) AC 70 (CA und HL).....	1, 9, 209, 223 f., 230 f. , 235 f., 242 ff. , 382 f., 392 f.
Works and Public Buildings Commissioners v Pontypridd Masonic Hall Company Ltd (1920) 89 LJ QB 607.....	100 ff.
Wrexham, Mold and Connah's Quay Railway Company, in Re (1899) 1 Ch 440	75, 334, 359
Yeoman Credit Ltd v Apps (1962) 2 QB 508	262

Sachverzeichnis

- Abgabenerhebung, rechtswidrige 9, 178, 184, 215 ff., 382 f., 392 f.
Abtretung von Forderungen 67, 71, 163 f.
account, action of 3, 379 f.
action for money had and received 6
action for money paid 7, 14
agency 26 f., 71, 76, 120 f., 288
Anfechtung
— Tilgungsbestimmung 73
— Vertrag 9, 19 f., 35 f., 92, 160 f., 173 f., 200 ff., 292 ff., 317, 329 f.
annuities-Rechtsprechung 314 ff., 356, 363 f., 382, 384
Anweisung, angenommene 77
Anweisungslage 63, 65, 70 ff., 84 f., 116 ff., 119, 279
Anzahlung 302 f., 309 ff., 372
assumpsit 3 ff., 13, 304 f.
Aufrechnung 125
Ausbeutung, sittenwidrige 133, 137 ff., 339 f., 363 ff., 375, 385
Ausführungsirrtum 52 f., 53 ff., 59 ff., 86, 105 ff., 113 f., 126, 394
Auslegung
— Gesetz 136, 138, 139, 228
— Vertrag 41, 176, 185 ff., 190 f., 211

Bedingung, aufschiebende 373
benefit, siehe Bereicherung
benefit, incontrovertible 15, 267, 328
Bereicherung (*siehe auch* Wegfall der Bereicherung) 13 ff., 259 f., 263, 266,
267 ff., 326 ff., 388 f., 395
Bestätigung eines anfechtbaren Rechtsgeschäfts 174
Billigkeitsjudikatur 6, 43, 199
bona fide purchase 22, 23 ff., 27, 28, 34, 35, 92, 298, 349 ff., 360

change of position (*siehe auch* Wegfall der Bereicherung) 25 f., 54, 84, 86, 132,
178, 206 ff., 210, 224, 260, 270, 272, 329, 336, 349, 351 f., 406
colore officii 233
condictio
— allgemein 381, 393 ff.
— causa data causa non secuta/ob rem 61, 64, 66, 275 ff., 311 ff., 366, 371 f.,
387 f.
— indebiti
— allgemein 1, 243, 248, 280, 401, 408 f.
— deutsch 2, 31, 33, 42, 45, 123, 279, 311, 374, 396
— römisch 31, 123, 326, 381, 393
— schottisch 46, 207, 386 ff., 391 ff.
— südafrikanisch 207, 229

- ob causam finitam 274 f.
- sine causa (*siehe auch* *condictio indebiti*, deutsch) 42, 248, 279, 388, 394
- consideration
- Begriff 282, 382
- Doktrin im Vertragsrecht (*siehe auch* Vereinbarung) 10, 42, 44 f., 59, 106, 140, 143 f., 166, 211, 282 ff.
- im unjust-Grund failure of consideration 254 f., 273, 282, 311, 372 f.
- als Einwendung 66, 78, 84 f., 86, 101 f., 282, 397 f.
- fehlende als unjust-Grund 1, 115 ff., 245, 247 ff., 251 ff., 281 ff., 289 ff., 371 ff., 407 ff.
- counter-restitution 54, 257 ff., 285 ff., 292 ff., 332, 346, 352

- debt 3 f., 304 ff.
- deposit (Sicherheitsleistung bei Vertragsschluß) 310 f.
- Dienst- und Werkleistungen, Sachleistungen 11 f., 13 ff., 111 ff., 256 f., 257 ff., 267 ff., 278 f., 293 ff., 303 ff., 328, 354
- Dinglicher Bereicherungsanspruch 21 ff., 97 f., 112
- Doppelkondiktion 350, 352
- Drittempfänger 21 ff., 62, 97, 151 f., 349 ff.
- Drohung, *siehe* Zwang

- Eigentum 21 ff., 23 ff., 34 f., 91 ff., 110 ff., 298, 331, 334 f., 357 ff.
- Eingriffskondiktion (*siehe auch* Drittempfänger) 4, 11, 16, 18 f., 111, 350 ff., 388
- Empfängerhorizont bei der Leistungsbestimmung in Mehrpersonenverhältnissen 73
- Empfängerschutz 53, 56 ff., 81 f., 90, 104, 107 f., 178 f., 191, 210, 213, 376
- Erfüllungsübernahme 64
- estoppel 17, 27 f., 80, 130 ff., 153, 161
- Europäischer Gerichtshof 241

- failure of consideration 3, 20, 106, 111, 115 ff., 178, 253 ff., 372 f.
- fiduciary, *siehe* trust
- Formerfordernis, gesetzliches 139, 301 ff., 364, 367 ff.
- free acceptance 15 f., 20, 256, 268, 309, 328 f.
- Freiwillige Leistung (*siehe auch* Verpflichtung, unentgeltliche Leistung) 42 ff., 53 ff., 60, 83, 85 ff., 105 ff., 186 f., 189, 192 f., 194 ff., 198, 215 ff., 238 f., 240 f.
- frustration (*siehe auch* Leistungsstörung) 253 ff., 258, 263, 265, 267 ff., 274 ff., 283, 286

- Gesellschaft 199, 294, 295, 297 f., 320, 330 ff., 353 ff., 386
- Gesetzwidrigkeit, *siehe* illegality
- Gutgläubiger Erwerb, *siehe* bona fide purchase

- Handelsbrauch 185 f.
- Heilung eines nichtigen Vertrags 311 ff., 369

- ignorance (*siehe auch* Drittempfänger) 26, 62, 349 ff.
- illegality 26, 109, 125, 132 ff., 159, 226 f., 240 f., 247, 338 ff., 347 f., 359, 363 ff., 384 f.
- implied contract/promise 4 ff., 14, 79, 254, 305 ff., 325 f., 333, 336
- incapacity 324, 329, 330, 335 f., 363 ff., 385
- inequality 19, 62, 138, 140, 227, 245, 246 f., 249 f., 324, 340, 344, 365, 369, 385
- Inhaltsirrtum 52 f., 53 ff., 60, 62, 86 f., 105 ff., 114, 126
- Irrtum (*siehe auch* Rechtsirrtum)
- bei Vertragsschluß 34 ff., 48 ff., 53 ff., 69, 200 ff., 289, 291, 292 ff., 378, 400
 - beim Vergleich 158 ff.
 - beidseitiger 40, 79 f., 82, 88, 163 f., 180 ff.
 - fundamentaler
 - bei der Eigentumsübertragung 86 ff., 359 f.
 - im Bereicherungsrecht 39 ff., 47 ff., 54 ff., 68 f., 80 ff., 212
 - im Vertragsrecht 34 ff.
 - über ein privates Recht 200 ff., 386
- judicial review 231, 242, 246
- Kausaler Irrtum, Theorie 63, 82, 84 ff., 115, 118 f., 212 f., 375 f., 381, 393 f., 396 ff.
- Kausalität des Irrtums 33, 87, 166 f.
- Kenntnis der Nichtschuld/Rechtsgrundlosigkeit 31, 123, 167 f., 279, 311, 374 ff., 385, 392 f., 398 ff., 409
- Klagbarkeit (*siehe auch* Verpflichtung, Vereinbarung, klagloser Vertrag) 45 f., 47, 52 f., 106, 108 f., 134, 140, 210 ff., 250
- Klageerhebung, Leistung nach 144 ff.
- Klageformen 2 ff., 14, 303 ff.
- Klagloser Vertrag 301 ff., 347, 364, 366, 369
- Konkurs 21 ff., 60, 61, 97 f., 112, 120 f., 125, 197 ff., 278, 327, 339, 360
- Kosten, auf Kosten von 13 ff., 261 ff.
- Law Commission 180 f., 185, 207, 209, 241 f., 263, 266, 324, 328, 386
- Leibrentenverträge, *siehe annuities*
- Leistungsstörung 9, 20, 253 ff., 273 ff., 290 f., 299, 309 ff.
- liability mistake, *siehe* Verbindlichkeitsirrtum
- Minderjährigkeit 19, 75 f., 318 ff., 359, 363 ff., 374 f., 385, 392
- misrepresentation 36, 38, 90, 200, 292 ff., 364, 369
- Motivirrtum 49 f., 84 ff., 99, 121, 213, 273, 376, 398 f.
- Naturalobligation (*siehe auch* Verpflichtung) 47, 134 ff., 211, 347 ff., 366
- Nichtigkeit von Verträgen 1, 5 f., 15, 20, 34 ff., 251 ff., 383, 384 ff., 406 ff.
- officer of the court 197 ff., 227 f.

privity 79 f.

quantum meruit/valebat (*siehe auch* Dienstleistungen) 7, 14, 256, 303 ff., 354
 quasi-contract 4 ff.

Rechtsgrund 1 f., 31, 42 ff., 58, 59 ff., 83, 99 ff., 113 f., 116, 118, 123 f., 140,
 144, 182, 188, 210 ff., 248 ff., 300, 307, 349, 371 ff., 399, 409

Rechtsgrundabrede 45, 46

Rechtsirrtum 121, 123 ff., 218, 221 f., 225 ff., 241, 243, 280, 281, 285, 291, 315,
 331, 341 ff., 348, 375, 384 ff., 406 ff.

— allgemein geteilter 183 ff., 191, 407

Rechtsmangel 260 ff., 299

Rechtsprechungsänderung 159, 161, 180 ff., 191, 210, 220, 224, 407

Rechtsstaatsprinzip 219, 230, 236, 238 f., 239 f., 243, 246, 247

recompense 388 ff., 394 ff.

request 14 ff., 256, 268, 271, 278 f., 304, 309

rescission (*siehe auch* Anfechtung) 256, 258, 292 ff.

restitutio in integrum 38, 258, 293 ff., 319 ff.

Rücktritt vom illegalen Vertrag 339 f., 347 f.

Sachmangel 262, 290, 299

Saldofeststellung, irrtümliche 204 f.

Schaden, Schadensersatz (*siehe auch* Vertrauensschaden) 18, 263, 265, 266

Schenkung (*siehe auch* unentgeltliche Leistung) 49 f., 51 f., 57, 59 f., 86 ff.,
 103 f., 106 ff., 113 f., 118, 121, 187 f., 203 f., 377 f., 393 f.

Schottland 29, 46 f., 181, 207, 218, 222, 229, 231, 233, 254, 276 f., 279, 280,
 295, 296, 385 ff., 391 ff.

Schutzgesetz 138 ff., 208, 226 f., 250, 339 f., 343

settlement (*siehe auch* submission) 141, 148, 156 f., 157 ff., 172 ff., 184, 291

severance 259, 285 f.

Sittenwidrigkeit, *siehe* Ausbeutung

Sittliche Pflicht 44 f., 51, 65, 114, 134 f., 210

Spiel, Wette 27 f., 47 ff., 84, 94 ff., 108 f., 134, 341, 343, 347 ff., 359

Statute of Frauds 301 ff.

Steuern, *siehe* Abgaben

submission 32 f., 141 ff., 183 f., 188 ff., 208 f., 210 f., 217, 222 f., 230, 235 f.,
 240, 242, 285, 375 f.

subrogation 67, 75 f., 334

subtraction, enrichment by 17 ff., 19, 26, 62

Südafrika 207, 229

Swap 1, 251 ff., 285 ff., 332 f., 349, 356 ff., 368 f., 383, 384 ff., 398 ff., 406 ff.

Täuschung 36, 292 ff., 327 f., 342 ff.

tracing 21 ff., 24 f., 328, 358 ff.

trust

- im Bereicherungsrecht 7, 18, 22 f., 24 f., 97 f., 282, 357 ff., 372
- rechtsgeschäftlich begründeter 87 f., 89, 151 f., 194 ff., 198, 203 f., 372
- ultra vires
 - juristische Personen 5 f., 75 f., 118, 251 ff., 330 ff., 356 ff., 364 f., 368 f., 384 ff., 398, 406 ff.
- rechtswidrige Abgaben, *siehe dort*
- Unentgeltliche Leistung (*siehe auch* freiwillige Leistung, Schenkung) 85 ff., 103 ff., 213, 281 f., 359, 393 f.
- Unmöglichkeit
 - anfängliche 34 ff., 200 ff., 289 ff., 336 ff., 363, 380
 - nachträgliche, *siehe* frustration
- Unterhaltsleistung 128 ff., 195 f.
- Verbindlichkeitsirrtum 31 ff., 42 ff., 53 ff., 59, 65, 68, 78 ff., 90, 105, 123, 212, 280, 393 f.
- Vereinbarung, considerationlose oder klaglose 44 ff., 52, 56 ff., 59 f., 86, 104, 105 f., 140
- Verfassungswidrigkeit 218, 219 ff., 228 f., 234
- Vergleich 143 f., 147 ff., 157 ff., 291
- Verjährte Forderung (*siehe auch* Verpflichtung) 51 f., 134 f., 210
- Verpflichtung, nichtklagbare 42 ff., 53 ff., 108 ff., 113 ff., 118, 134 ff., 195, 210 ff., 353, 371, 374, 376, 396
- Versionsklage 326, 389
- Vertrag (*siehe auch* Irrtum, Leistungsstörung, Nichtigkeit, quasi-contract)
 - Abgrenzung zum Bereicherungsrecht 9 ff., 111, 254 f., 274 ff., 303 ff., 319
 - auf Rückzahlung 223 f., 242
 - contract ceiling 270, 296
 - unwirksame Vertragsklausel 139, 208
 - Verletzung 255 f., 258, 263 ff., 267, 275, 309 f., 355, 388
- Vertrauensschaden, -haftung 10, 16 f., 20, 28, 268, 270 ff., 296 f.
- Vertretung, *siehe* agency
- Verwaltungsakt 190, 220 f.
- Verwendung 14 f., 61 f., 111, 114 f., 249, 294 f., 388, 393 ff.
- vitiation 19 f., 26, 62, 171, 206, 237 ff., 273, 344, 361, 369
- Vorbehalt der Rückforderung 167, 176 ff., 223, 231, 242
- Wegfall der Bereicherung 13, 24, 26 ff., 44, 127 f., 128 ff., 153, 184, 188, 191, 195 f., 220, 326 ff., 332, 333, 350
- Wette, *siehe* Spiel
- wrongs, restitution for 17 ff., 19, 111
- Zahlstelle 27, 70 f., 100, 120 f.
- Zahlung auf fremde Schuld 19, 43, 63 ff., 70, 77 f., 83, 84, 105, 116, 120
- Zinseszins 357 ff.

Zwang (*siehe auch* vitiation) 7, 19 f., 66, 111, 138, 144, 145, 147, 150 f., 154 f.,
167, 177, 217 f., 222, 231 ff., 242, 245 f., 300, 340, 363 ff., 375, 385, 392 f.
Zweckvereinbarung 63 f., 66, 69
Zweckverfehlung 31, 55, 59, 68 f., 103, 115 ff., 123, 272 ff., 371 ff., 399 ff., 408
Zweifel 141 ff., 222 f., 230 f., 375 f.

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

Alphabetische Übersicht

- Adam, Wolfgang*: Internationaler Versorgungsausgleich. 1985. *Band 13*.
- Ahrendt, Achim*: Der Zuständigkeitsstreit im Schiedsverfahren. 1996. *Band 48*.
- Anderegg, Kirsten*: Ausländische Eingriffsnormen im internationalen Vertragsrecht. 1989. *Band 21*.
- Bartels, Hans-Joachim*: Methode und Gegenstand intersystemarer Rechtsvergleichung. 1982. *Band 7*.
- Basedow, Jürgen* (Hrsg.): Europäische Verkehrspolitik. 1987. *Band 16*.
- Baum, Harald*: Alternativanknüpfungen. 1985. *Band 14*.
- Behrens, Peter*: siehe Hahn, H.
- Böhmer, Martin*: Das deutsche internationale Privatrecht des timesharing. 1993. *Band 36*.
- Boelck, Stefanie*: Reformüberlegungen zum Haager Minderjährigenschutzabkommen von 1961. 1994. *Band 41*.
- Brückner, Bettina*: Unterhaltsregreß im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1994. *Band 37*.
- Buchner, Benedikt*: Kläger- und Beklagtenschutz im Recht der internationalen Zuständigkeit. 1998. *Band 60*.
- Busse, Daniel*: Internationales Bereicherungsrecht. 1998. *Band 66*.
- Döse-Digenopoulos, Annegret*: Der arbeitsrechtliche Kündigungsschutz in England. 1982. *Band 6*.
- Dopffel, Peter* (Hrsg.): Ehelichkeitsanfechtung durch das Kind. 1990. *Band 23*.
- (Hrsg.): Kindschaftsrecht im Wandel. 1994. *Band 40*.
- , *Ulrich Drobnig und Kurt Siehr* (Hrsg.): Reform des deutschen internationalen Privatrechts. 1980. *Band 2*.
- Drobnig, Ulrich*: siehe Dopffel, Peter
- Eisenhauer, Martin*: Moderne Entwicklungen im englischen Grundstücksrecht. 1997. *Band 59*.
- Eschbach, Sigrid*: Die nichteheliche Kindschaft im IPR – Geltendes Recht und Reform. 1997. *Band 56*.
- Faust, Florian*: Die Vorhersehbarkeit des Schadens gemäß Art. 74 Satz 2 UN-Kaufrecht (CISG). 1996. *Band 50*.
- Fischer-Zernin, Cornelius*: Der Rechtsangleichungserfolg der Ersten gesellschaftsrechtlichen Richtlinie der EWG. 1986. *Band 15*.
- Fricke, Martin*: Die autonome Anerkennungszuständigkeitsregel im deutschen Recht des 19. Jahrhunderts. 1993. *Band 32*.
- Fröschle, Tobias*: Die Entwicklung der gesetzlichen Rechte des überlebenden Ehegatten. 1996. *Band 49*.
- Fromholzer, Ferdinand*: Consideration. 1997. *Band 57*.
- Gottwald, Walther*: Streitbeilegung ohne Urteil. 1981. *Band 5*.
- Grigera Naón, Horacio A.*: Choice of Law Problems in International Commercial Arbitration. 1992. *Band 28*.
- Hahn, H. u.a.*: Die Wertsicherung der Young-Anleihe. Hrsg. von Peter Behrens. 1984. *Band 10*.
- Hein, Jan von*: Das Günstigkeitsprinzip im Internationalen Deliktsrecht. 1999. *Band 69*.
- Kannengießer, Matthias N.*: Die Aufrechnung im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1998. *Band 63*.
- Kapnopolou, Elissavet N.*: Das Recht der mißbräuchlichen Klauseln in der Europäischen Union. 1997. *Band 53*.
- Karl, Anna-Maria*: Die Anerkennung von Entscheidungen in Spanien. 1993. *Band 33*.
- Karl, Matthias*: siehe Veelken, Winfried.
- Kircher, Wolfgang*: Die Voraussetzungen der Sachmängelhaftung beim Warenkauf. 1998. *Band 65*.
- Koerner, Dörthe*: Fakultatives Kollisionsrecht in Frankreich und Deutschland. 1995. *Band 44*.
- Kopp, Beate*: Probleme der Nachlaßabwicklung bei kollisionsrechtlicher Nachlaßspaltung. 1997. *Band 55*.
- Kronke, Herbert*: Rechtstatsachen, kollisionsrechtliche Methodenentfaltung und Arbeitnehmerschutz im internationalen Arbeitsrecht. 1980. *Band 1*.

- Landfermann, Hans-Georg*: Gesetzliche Sicherungen des vorleistenden Verkäufers. 1987. *Band 18*.
- Meier, Sonja*: Irrtum und Zweckverfehlung. 1999. *Band 68*.
- Minuth, Klaus*: Besitzfunktionen beim gutgläubigen Mobiliarerwerb im deutschen und französischen Recht. 1990. *Band 24*.
- Mörsdorf-Schulte, Juliana*: Funktion und Dogmatik US-amerikanischer punitive damages. 1999. *Band 67*.
- Morawitz, Gabriele*: Das internationale Wechselrecht. 1991. *Band 27*.
- Němec, Jiří*: Ausländische Direktinvestitionen in der Tschechischen Republik. 1997. *Band 54*.
- Pfeil-Kammerer, Christa*: Deutsch-amerikanischer Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen. 1987. *Band 17*.
- Plett, K. und K.A. Ziegert* (Hrsg.): Empirische Rechtsforschung zwischen Wissenschaft und Politik. 1984. *Band 11*.
- Reichert-Facilides, Daniel*: Fakultatives und zwingendes Kollisionsrecht. 1995. *Band 46*.
- Richter, Stefan*: siehe Veelken, Winfried.
- Rohe, Mathias*: Zu den Geltungsgründen des Deliktsstatus. 1994. *Band 43*.
- Sachsen Gessaphe, Karl August Prinz von*: Das Konkubinat in den mexikanischen Zivilrechtsordnungen. 1990. *Band 22*.
- Schepke, Jan*: Das Erfolgshonorar des Rechtsanwalts. 1998. *Band 62*.
- Schmidt, Claudia*: Der Haftungsdurchgriff und seine Umkehrung im internationalen Privatrecht. 1993. *Band 31*.
- Schmidt-Parzefall, Thomas*: Die Auslegung des Parallelübereinkommens von Lugano. 1995. *Band 47*.
- Schnyder, Anton K.*: Internationale Versicherungsaufsicht zwischen Wirtschaftsrecht und Kollisionsrecht. 1989. *Band 20*.
- Scholz, Ingo*: Das Problem der autonomen Auslegung des EuGVÜ. 1998. *Band 61*.
- Seibt, Christoph H.*: Zivilrechtlicher Ausgleich ökologischer Schäden. 1994. *Band 42*.
- Seif, Ulrike*: Der Bestandsschutz besitzloser Mobiliarsicherheiten. 1997. *Band 52*.
- Siehr, Kurt*: siehe Dopffel, Peter
- Spahlinger, Andreas*: Sekundäre Insolvenzverfahren bei grenzüberschreitenden Insolvenzen. 1998. *Band 64*.
- Stiller, Dietrich F.R.*: Das internationale Zivilprozeßrecht der Republik Korea. 1989. *Band 19*.
- Takahashi, Eiji*: Konzern und Unternehmensgruppe in Japan - Regelung nach deutschem Modell? 1994. *Band 38*.
- Thoms, Cordula*: Einzelstatut bricht Gesamtstatut. 1996. *Band 51*.
- Tiedemann, Andrea*: Internationales Erbrecht in Deutschland und Lateinamerika. 1993. *Band 34*.
- Tiedemann, Stefan*: Die Haftung aus Vermögensübernahme im internationalen Recht. 1995. *Band 45*.
- Veelken, Winfried, Matthias Karl, Stefan Richter*: Die Europäische Fusionskontrolle. 1992. *Band 30*.
- Waehler, Jan P.* (Hrsg.): Deutsch-polnisches Kolloquium über Wirtschaftsrecht und das Recht des Persönlichkeitsschutzes. 1985. *Band 12*.
- (Hrsg.): Deutsches und sowjetisches Wirtschaftsrecht. *Band 1*. 1981. *Band 4*. – *Band 2*. 1983. *Band 9*. – *Band 3*. 1990. *Band 25*. – *Band 4*. 1990. *Band 26*. – *Band 5*. 1991. *Band 28*.
- Wang, Xiaoye*: Monopole und Wettbewerb in der chinesischen Wirtschaft. 1993. *Band 35*.
- Weishaupt, Axel*: Die vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten im brasilianischen Sach- und Kollisionsrecht. 1981. *Band 3*.
- Wesch, Susanne*: Die Produzentenhaftung im internationalen Rechtsvergleich. 1994. *Band 39*.
- Weyde, Daniel*: Anerkennung und Vollstreckung deutscher Entscheidungen in Polen. 1997. *Band 58*.
- Ziegert, K.A.*: siehe Plett, K.

*Einen Gesamtkatalog sendet Ihnen gerne der Verlag
Mohr Siebeck, Postfach 2040, D-72010 Tübingen.
Neueste Informationen im Internet unter <http://www.mohr.de>.*